Einzelpreis 8 000 000 Mk. | Halle, Mittwoch, den 10. Oktober | Jahrg. 1923 • Nr. 237

Das „Volksblatt“ erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem tägl. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen“ und „Unserer Jugend“. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunfterteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt“ — Bezirksorgan der VSPD. — ist d. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt“ vom 6. Oktober bis 13. Oktober beträgt 86 400 000 Mk. und 8 600 000 Mark Bestellgebühr. Für Postbezieher entsprechende Nachzahlung. Das Abonnement ist bindend für den ganz. Bezugsmon. Anzeigenpreis: Der Grundpreis ist 40 Mk. für den Millim. einspalt.; vervielfacht mit der Schlüsselzahl des V. D. Z.-V., = 40 Mk. x 100 000. Reklamemillimeter 200 Mk. x 100000. Anzeigenannahme: Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 4605 und Große Ulrichstr. 27 (Volksblatt-Buchhandlung).

Treue und Kameradschaft!

Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Parteigenossen!

Die Krise, die durch den reaktionären Vorstoß gegen den Fortbestand der Großen Koalition eingeleitet war, hat auch die sozialdemokratische Fraktion vor eine besonders schwierige Situation gestellt. In der Beurteilung des Ernstes der Lage war die Fraktion völlig einig. Die Kahr-Diktatur in Bayern bestärkte alle reaktionären Kreise in Deutschland in der Meinung, daß jetzt ihre Stunde gekommen sei. An Stelle des drohenden Konflikts mit Bayern forderten sie die Unterstützung Kahrs durch eine rechtsgerichtete Reichsregierung; an Stelle einer dem wirklichen Stärkeverhältnis Rechnung tragenden Außenpolitik wollten sie den Bruch mit Frankreich, um den verstärkten Nationalismus in den Dienst ihrer reaktionären Bestrebungen zu stellen und um zugleich die Deutschnationale Partei an Stelle der Sozialdemokratie zur Teilhaberin an der Regierungsmacht zu machen. Im Innern aber wollte die Schwerindustrie im Bunde mit der Großlandwirtschaft die so geschaffene Situation dazu ausnutzen, alle sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse zu vernichten, insbesondere den Achtstundentag und die Reste der Zwangswirtschaft zu beseitigen. Ein trockener Rechtsputsch war im Gange, die Ausschaltung des Parlaments, die Aufrichtung einer Rechtsdiktatur gegen die deutsche Arbeiterklasse war das Ziel. Geleitet war die Aktion von den schwerindustriellen Vertretern in der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sie fand ihre Unterstützung in dem Teile der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der noch immer unter dem Einfluß Stegerwalds steht.

Der parlamentarische Vorstoß wurde begleitet und unterstützt durch Putschversuche außerhalb des Parlaments. Die Ereignisse von Küstrin waren nur eine Teilerscheinung einer viel größer angelegten Aktion, die auf gewaltsamen Wegen die Rechtsdiktatur zu erreichen suchte.

Angesichts dieser Tatsachen mußte die Taktik der Fraktion entschieden werden. Einig waren sich alle Sozialdemokraten darin, daß an dem Grundsatze des Achtstundentages nicht gerüttelt werden dürfe. Denn das wäre eine Belastung gewesen, die weder die Partei noch die Gewerkschaften hätten verantworten können. Die Meinungen gingen darüber auseinander, wie am besten der Angriff der Reaktion auf die politischen und sozialpolitischen Positionen der Arbeiterschaft abgewehrt werden könne. Ein Teil der Fraktion ging bei seiner ablehnenden Stellungnahme davon aus, daß der brutale Vorstoß der Deutschen Volkspartei, die Sozialisten aus der Regierung zu verdrängen oder aber sie unter das Diktat des Schwerkapitals zu beugen, mehr als ein zufälliges Parteimanöver sei. Vielmehr handele es sich darum, die bereits in den voraufgegangenen Wochen von den Wirtschaftsverbänden angekündigten Maßnahmen zum Abbau der letzten noch verbliebenen sozialen Errungenschaften nunmehr auf dem Wege der Aufrichtung einer kapitalistischen Diktatur zu verwirklichen. Gegenüber diesem offenen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse durch ihre ausgesprochenen Klassengegner könne es kein Ausweichen, auch keinen nochmaligen Ueberbrückungsversuch geben, da dieses Vorgehen seinen Grund nicht in der Eigenwilligkeit einzelner Persönlichkeiten habe, sondern in der ökonomischen Entwicklung, der Zuspitzung der Klassengegensätze und der hieraus zwangsmäßig sich ergebenden Notwendigkeit, den Konflikt auszutragen.

Dieser Teil hielt an der Auffassung, in dieser Situation nicht wieder mit dem Klassengegner zu paktieren, auch dann unverändert fest, als Teile der Demokratischen und der Zentrumspartei im Verlaufe der Kabinettskrise erneut versuchten, die Sozialdemokratie — ohne deren Zustimmung die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes unmöglich gewesen wäre — wieder für die Koalition mit der Volkspartei zu gewinnen.

Er glaubte, daß es keinerlei Zurückweichen vor der Deutschen Volkspartei geben dürfe, die insbesondere die Beseitigung des sozialistischen Reichsfinanzministers, die Errichtung einer Diktatur durch Zustimmung zu einem Ermächtigungsgesetz auf finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet und die Suspendierung des Achtstundentages forderte. Auch die Vereinbarung, wonach der achtstündige Normalarbeitstag bestehen bleiben, jedoch durch gesetzliche und tarifliche Ausnahmen verlängert werden soll, müsse für die Sozialdemokratie unannehmbar sein.

Er betrachtete die Ausschaltung der Demokratie als die stärkste Gefährdung der Republik, zumal die politische Diktatur zeitlich zusammentrifft mit der Verhängung des militärischen Belagerungszustandes.

Aber auch dieser Teil der Fraktion erkannte an, daß die Fraktionsmehrheit glaubte, durch ihren Beschluß den drohenden Bürgerkrieg verhindern zu müssen. Da aber die Bourgeoisie zum Bürgerkrieg voll gerüstet sei und ihn nur zurückstelle, solange sie durch die Nachgiebigkeit proletarischer Parteien ihre Klassenziele kampflos erreichen könne, war die Minderheit der Auffassung, daß der Beschluß der Mehrheit nur eine schleichende Krise schaffe und den Zeitpunkt des Austrags zuungunsten des Proletariats hinausschiebe.

Der andere Teil der Fraktion machte gegenüber diesen schwerwiegenden Gründen folgende Auffassung geltend: Eine völlig ablehnende Haltung der Sozialdemokratie würde eine Rechtsregierung, die in kürzester Zeit in eine Rechtsdiktatur sich umwandeln müßte, zur Notwendigkeit machen. Dadurch würden auch die Positionen der Partei in den Ländern sehr stark gefährdet. Die Reichswehr habe sich in der gegenwärtigen Situation als loyal in den Händen einer verfassungsmäßigen Regierung erwiesen. Es sei aber kein Zweifel, daß eine Rechtsregierung die Reichswehr für ihre Zwecke erst recht zur Verfügung haben würde. Nur durch die wachsame Tätigkeit des preußischen Innenministers Severing seien gewaltsame reaktionäre Erhebungen vereitelt worden. Aber diese Tätigkeit würde völlig gelähmt unter der Herrschaft einer Rechtsregierung im Reiche. Was aber diese für die Arbeiterschaft bedeute, zeige die Diktatur Kahr in Bayern. Es sei auch kein Zweifel, daß dann die Stellung der Arbeiterklasse im Kampfe um ihre sozialpolitischen Interessen außerordentlich verschlechtert würde. Die Kontrolle der Reichsregierung durch sozialistische Minister verringere deshalb die unleugbaren Gefahren der politischen und sozialpolitischen Reaktion. Außenpolitisch würde aber die Rechtsregierung die letzten Möglichkeiten beseitigen, zu einem erträglichen Verhältnis zu kommen. Dadurch aber würden auch innerpolitische Zustände herbeigeführt werden, die noch nie dagewesenes Elend über die deutsche Arbeiterklasse verhängen würden.

Da das Arbeitszeitgesetz und die Renten aus der sozialen Versicherung aus dem Ermächtigungsgesetz herausgenommen, die grundsätzliche Aufrechterhaltung des Achtstundentages entgegen der ursprünglichen Forderung der Deutschen Volkspartei zugestanden sei, sei das Ermächtigungsgesetz erträglich. Bei dem Ausnahmezustand handle es sich aber um einen Machtkonflikt zwischen Bayern und dem Reich. Dieser könne nicht durch eine parlamentarische Abstimmung entschieden werden. Gerade wenn die Reichsautorität gegen Bayern gewahrt werden solle, sei es erforderlich, daß sozialistische Minister im Kabinett bleiben.

Diese letzte Auffassung erhielt in der Fraktion die Majorität. Die Minderheit blieb demgegenüber auf dem Standpunkt, daß ihre Politik mit größerer Klarheit dem Proletariat die heraufziehenden Gefahren vergegenwärtige und deshalb die Abwehrkraft stärke. Demgegenüber warnte die Majorität vor Illusionen über das Kräfteverhältnis der Klassen, besonders während der Zeit der schweren industriellen Krise. Die Anteilnahme an der Regierung gewähre eine Möglichkeit, den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern. Von allen Seiten wurde betont, daß kaum je die Fraktion einer schwierigeren Entscheidung gegenübergestanden habe als diesmal.

Mehrheit und Minderheit waren sich einig in der Erkenntnis, daß der Partei und den Gewerkschaften die schwersten Kämpfe bevorstehen. Sollen wir diese erfolgreich bestehen, so bedarf es ungeachtet der herrschenden Meinungsverschiedenheiten der höchsten Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation. **Darum fordert die Fraktion einmütig alle Parteigenossen auf, treu zur Partei zu stehen, sich im kameradschaftlichen Zusammenstehen auf die schweren Aufgaben der nahen Zukunft vorzubereiten und mit aller Energie an einer Erstarkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und an der Verbreitung unserer Presse zu arbeiten.**

Berlin, den 9. Oktober 1923. — **Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Stinnes und Landesverrat.

Schluß damit!

Soll die deutsche Republik zum Popanz des größten deutschen Profitmachers und seiner Trabanten herabsinken?

Seit Monaten ist das Schicksal der deutschen Mark nicht mehr in der Hand der Finanzpolitik des Reiches, sondern wird bestimmt von unkontrollierbaren und unverantwortlichen Kräften der Privatwirtschaft. Das Treiben dieser Kräfte hat die schwerste wirtschaftliche und soziale Krise heraufbeschworen. Dieselben Kräfte haben in der letzten Krisenwoche auf das empfindlichste in unsere innerpolitischen Zustände eingegriffen. Sie haben in der unverantwortlichsten Weise die Sicherheit unserer Verfassungs- und Gesetzgebungsverhältnisse untergraben und das Reich vor die Gefahr einer Staatskrise gestellt. Jetzt gehen diese Kräfte dazu über, auch in die außenpolitischen Geschicke des Deutschen Reiches einzugreifen und die Mächte des Auslandes zu veranlassen, weitestgehende Eingriffe in die deutschen Verhältnisse vorzunehmen. Die Verhandlung, die Herr Stinnes bei dem General Degoutte geführt hat, sind der Versuch, sich dem Ausland gegenüber ebensosehr über die verfassungsmäßigen Autoritäten des Reiches und über das geltende Recht hinwegzusetzen, wie es in der Krise der Großen Koalition durch Herrn Stinnes und seine Leute durchgeführt worden ist.

Die Presse des Herrn Stinnes, voran die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, hat diese Entwicklung der Macht und des selbständigen Vorgehens dieser unverantwortlichen Wirtschaftskreise mit entsprechenden journalistischen Vorstößen begleitet. Jetzt, nachdem der erste Ansturm auf die Verfassung und die Gesetzgebungsverhältnisse im Reiche abgeschlagen worden ist und in der Linkspresse eine berechtigte Kritik des Verhaltens dieser unverantwortlichen Treiber einsetzt, die noch lange nicht scharf genug ist, sucht die Stinnespresse den Anteil des Herrn Stinnes an den politischen Ereignissen der letzten Wochen zu verhüllen. Herr Stinnes selbst ist bemüht worden, eine entstellende Darstellung der Zusammenhänge in den politischen Ereignissen der letzten Tage zu geben. In einem Leitartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ versucht er, seine unterirdische Minierarbeit als harmlos hinzustellen. Er gibt sich als der politisch wenig interessierte Biedermann, der im Grunde genommen nur wirtschaftlich denkt und der lediglich in seiner Fraktion in einer wirtschaftlichen Teilfrage seine Ansicht habe durchsetzen wollen.

Aber es handelt sich bei diesen Dingen nicht um eine Legende, die sich gegen Herrn Stinnes gebildet hat, wie er behauptet. Es handelt sich vielmehr um klare und nicht hinwegzuleugnende Tatsachen, die durch den Verschleierungsversuch des Herrn Stinnes nur noch bekräftigt werden. Diese Tatsachen sind zunächst folgende:

1. Herr Stinnes hat nach seinen eigenen Ausführungen bereits am Sonntag der ersten Kabinettsbildung der Großen Koalition, also bereits vor sieben Wochen, den Reichskanzler auf den Weg eines gegen die deutsche Arbeiterschaft gerichteten Vorstoßes gegen den Achtstundentag zu drängen gesucht.

2. Seine Presse — die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ — hat in der Oeffentlichkeit den ersten journalistischen Vorstoß gegen den Achtstundentag unternommen.

3. Er hat die Zechenbesitzer des besetzten Gebietes mobil gemacht und sie auf folgende Forderungen festgelegt: Arbeitszeitverlängerung und Lohndruck, Abschaffung der Kohlensteuer, Abschaffung der Betriebssteuer, die er im August selbst vorgeschlagen hat, während der Ruhrbesetzung aber nicht zu entrichten brauchte.

4. Er hat gleichzeitig, da von der ersten Regierung Stresemann in ihrer personellen Zusammensetzung ein Nachgeben gegen diese Forderungen nicht zu erwarten war, die politisch unruhigen Verhältnisse in Deutschland und die besonderen Verhältnisse in der Deutschen Volkspartei ausgenutzt, um eine Regierungskrise herbeizuführen, an deren Ende nicht nur eine ihm genehme Regierung, sondern auch eine Umwandlung der deutschen Verfassungs- und Rechtsverhältnisse im Sinne des schlimmsten Scharfmachertums stehen soll.

Dieser Vorstoß fiel zeitlich mit den Vorbereitungen der bayerischen Putschisten und dem Vorstoß der bayerischen Regierung gegen das Reich zusammen, ebenso mit den Drohungen und dem Aufmarsch der rechtsradikalen Putschisten im Reich und der Bereitschaft der Deutschnationalen Volkspartei zur Ausnutzung dieser konterrevolutionären Situation, die in der permanenten Tagung ihres Bereitschaftsausschusses zum Ausdruck kam. Alle diese Dinge sind nicht ohne Zusammenhang. Wir wollen nicht untersuchen, ob weitgehende politische Abreden zwischen Herrn Stinnes und der Deutschnationalen Volkspartei stattgefunden haben. Soviel ist klar, Herr Stinnes hat die nach der Aufhebung des passiven Widerstandes gegebene konterrevolutionäre Situation in Deutschland ausnutzen wollen, um entsprechend seinen privaten Wirtschaftsinteressen einen großen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstoß gegen die Arbeiterschaft und gegen den Geist des sozialen Schutzes der Arbeiterschaft vorzunehmen. Er hat diesen Vorstoß zu einem politischen gemacht, da er auf anderem Wege nicht zum Ziele gelangen konnte.

Es ist sicher richtig, daß politische Konzeptionen für Herrn Stinnes nicht Selbstzweck sind, sondern bei ihm privatwirtschaftlichen untergeordnet sind. Aber eben diese Tatsache macht sein Treiben so sehr gefährlich. Von seinen Anschauungen aus ordnet er seinen persönlichen Profitinteressen das Recht des Staates und des Parlamentes, die Hoheit und die Verfassung des Volkes unter. In einer Zeit, in der das Gefüge des Staates gelockert ist und die Autorität des Staates nach innen und außen geschwächt ist, nutzt er diese Schwäche des Staates aus, um die Grundlagen des staatlichen Lebens vollkommen zu untergraben. Diese Gefahr des Stinnesschen Auftretens tritt am klarsten hervor bei den Verhandlungen, die er mit dem General Degoutte geführt hat. Was war ihm bei diesen Verhandlungen das Deutsche Reich? Er hat sich weder um die Interessen des Reiches, noch um das in Deutschland geltende Recht gekümmert, er hat vielmehr versucht, mit den grimmigsten Gegnern des Reiches zu konspirieren gegen das geltende Recht in Deutschland in sozialen Dingen, er hat mit Hilfe der französischen Bajonette die

Vormittags 10 Uhr: Dollar 2 200 000 000.
Tendenz: Steigend.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231010-12/fragment/page=0001

deutschen Volkes unter die Diktatur eines industriellen Scharfmacherturms unterwerfen wollen, von der sie sich in langen sozialen und politischen Kämpfen befreit hat. Er hat, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob er vielleicht eingeleitete offizielle Schritte der deutschen Außenpolitik durchkreuzt oder empfindlich stört, über Fragen zu verhandeln gesucht, die allein in der Kompetenz des Reiches liegen. Er hat verhandeln wollen, als wäre er bereits Diktator in Deutschland. Dieses Vorgehen ist ebenso verwerflich wie das Vorgehen des Herrn Otto Wolff, der den Phönix-Vertrag mit General Degoutte abgeschlossen hat, in dem deutsche Steuerforderungen an den Phönix-Konzern ohne Zustimmung des Reiches an Frankreich verschachert werden und künftigen Reparationsverhandlungen vorgegriffen wird. Im Falle des Herrn Otto Wolff wird sehr ernstlich nachgeprüft werden müssen, ob dies eigenmächtige Vorgehen nicht den juristischen Tatbestand des Landesverrats erfüllt. Herr Wolff muß zur Rechenschaft gezogen werden. Wirtschaftlich besitzt das Reich in den Beziehungen seines Konzerns zum unbesetzten Gebiet Druckmittel genug, falls es den Leitern dieses Konzerns einfallen sollte, den militärischen Schutz des Generals Degoutte gegen das Reich anzurufen.

Im Falle Stinnes liegt im übertragenen Sinne ebenfalls Landesverrat vor. Der Staat muß seine Würde nach außen ebenso gegen die Treibereien des Herrn Stinnes schützen, wie er innenpolitisch seine Verfassung und seine Existenz gegen die dunkle Minierarbeit von Stinnes und seinesgleichen zu sichern hat. Indem Herr Stinnes durch seinen Vorstoß gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft die Klassengegensätze in Deutschland bis zum Bürgerkrieg zuzuspitzen droht, rüttelt er an der breiten Basis, auf der die deutsche Republik steht.

Wie erbärmlich sind gegenüber diesen Zusammenhängen die Ausreden des Herrn Stinnes! Er redet sich darauf hinaus, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und nicht er der treibende und agierende Teil bei der letzten Krise gewesen sei. Er versteckt sich hinter den Rockschößen seiner Fraktion und vor allem des Reichskanzlers, der jedoch bereits die Unwahrhaftigkeit der Stinnesschen Darlegungen öffentlich festgestellt hat. Er unternimmt eine Ablenkungsoffensive gegen den ehemaligen Finanzminister Hermes, dem er vorwirft, daß er nicht für die genügende Finanzierung des Ruhrkampfes im Hinterland gesorgt habe. Das ist die Kampfmethode von einem Mann, der sich bisher immer im großen Stile von der Finanzierung des Reiches und seiner nötigsten Ausgaben zu drücken wußte, der die Steuern billigt, die andere zu zahlen haben, um sie, wie im Falle der Betriebsräte, sofort als unerträglich zu bezeichnen, wenn er sie selber zahlen soll, der im großen Stile zum Sturz der Mark beigetragen hat, und damit die Reichsfinanzen mit in die schwierigste Situation versetzt hat. Die Erzessnisse der letzten Krise, die Verhandlungen des Herrn Stinnes mit den Franzosen und nun gar seine Ablenkungsversuch zeigen, was von ihm zu halten ist. Die Arbeiterschaft verteidigt im Kampfe gegen ihn und seine dunklen Kreise ihre wesentlichsten Rechte! Die Regierung des Reiches wird ihm gegenüber mit aller Entschiedenheit die Hoheit und Einheit, die Verfassung und das Recht des Reiches zu schützen haben. Wie bisher kann es nicht weitergehen!

*

Wir machen noch besonders auf den heutigen Artikel „Diktatur Stinnes" aufmerksam.

Diktatur Stinnes.

Wir erwähnten schon vor einigen Tagen, daß der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", Georg Bernhard, sich enger politischer Beziehungen zu Dr. Stresemann erfreute, und daß man infolgedessen seine politischen Auslassungen gelegentlich auch als Meinungsausdruck des Kanzlers betrachten darf. So betrachtet, gewinnt der letzte Bernhardsche Leitartikel „Diktatur Stinnes!" ein besonderes Gesicht, weshalb wir die wesentlichsten Stellen daraus unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Nach einer kurzen Darstellung der Regierungskrise sagt Bernhard, daß die „Festung" der Großen Koalition „nur durch Verrat genommen werden" konnte und fährt dann fort:

„Und das Pech der Stürmenden war, daß der Verrat noch rechtzeitig durchschaut werden konnte. Der Verräter ist Hugo Stinnes. Noch immer Mitglied der Deutschen Volkspartei. Und damit noch wie vor eine Gefahr für den Bestand der Koalition. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Berliner Stinnesblatt, versucht mit einer Mischung sauertöpfischer Ironie und Flegelei den Nachrichten zu begegnen, die über die Einfädelung der Stinnes-Intrigen gegen Stresemann veröffentlicht wurden. Aber man braucht ja nur die Artikel dieses Blattes während der letzten Tage sich noch einmal zu vergegenwärtigen, um zu sehen, wie die Dinge wirklich liegen. Es ist nicht ganz leicht, sich darüber zu orientieren, was dieses Blatt eigentlich politisch will. Es war erst für die Große Koalition. Dann gegen die Große Koalition. Erst für den Parlamentarismus. Dann gegen den Parlamentarismus. Erst für die Barrieren nach rechts und dann für die deutschnationale Diktatur. In Wirklichkeit schrieb es immer nur für die Interessen von Hugo Stinnes. Und diese Interessen waren eben zu den verschiedenen Zeiten verschieden. Man muß sich jetzt einmal daran erinnern, mit welch giftigen Wutausbrüchen diejenigen behandelt wurden, die, als noch die Möglichkeit dazu bestand, die Herbeiführung einer Verständigung mit Frankreich betrieben, und wie andererseits diese Verständigung als das einzig mögliche Ziel deutscher Politik hingestellt wurde, als Hugo Stinnes den Lubersac-Vertrag schloß, der diese Verständigung mit 6 v. H. Provision zugunsten der Stinnesschen Vermittlungsgesellschaft belastete. Durch die „D. Allg. Ztg." wird die nackteste schwerindustrielle Interessenpolitik vertreten. Und zwar in einer Weise, wie sie offenbar in keinem anderen Lande der Erde zutage tritt. Wo anders verbirgt sie sich hinter Parteien. Sie ordnet sich in das politische Getriebe ein. In Deutschland aber wagt ein eisenindustrieller Verband, gegen Parlament und Parlamentsparteien Sturm zu laufen. Nicht etwa, weil das Parlament die Volksinteressen vernachlässigt, sondern weil die egoistischen Wünsche, die zur Erledigung gewisser schwerindustrieller Geschäfte notwendig sind, nicht befriedigt werden.

Der Kampf der Stinnes-Clique hat sich besonders gegen zwei Minister des alten Kabinetts gerichtet. Gegen den Minister v. Raumer und gegen den Reichsfinanzminister Hilferding. Für den, der in diese Intrigen nicht eingeweiht war, ist der Sturz Raumers überhaupt vollkommen unverständlich. Wenn irgendein Minister ein Minister der Industrie war, so war es Raumer. Ihm kann man wahrhaftig nicht vorwerfen, daß er irgendwie revolutionärer Gesinnung gewesen war. Aber Raumer hatte einen „dunklen" Fleck: er ist Sachwalter der verarbeitenden Industrien. Es bedarf keiner Erwähnung, welche Rolle für die weiterverarbeitenden Industriezweige die Kohlenpreise spielen. Und Herr v. Raumer hat in voller Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler den Versuch gemacht, der wucherischen Ausbeutung der deutschen Volksgemeinschaft durch das Kohlensyndikat einen Riegel vorzuschieben. ... heute sei nur einmal festgestellt, daß der erste Versuch, die Festsetzung der Kohlenpreise unter Kontrolle zu nehmen, mit dem Sturz des Ministers geendet hat, der dieses Wagnis versuchte. Und von den Kohlenpreisen ging auch der Kampf gegen den Minister Hilferding aus. Man hat Dr. Hilferding mit der in Bayern gefundenen Phrase beklappt, daß es gelte, „marxistische Tendenzen" am Durchsetzen zu verhindern. Dr. Hilferding ist allerdings ein marxistischer Theoretiker. Aber man kann ohne Gefahr eine sehr hohe öffentliche Auslobung für den ausschreiben, der in Hilferdings Ministerhandlungen auch nur eine Spur von „Marxismus" entdeckt. (Darin kann natürlich kein Vorwurf gegen den Genossen Dr. Hilferding liegen, der auch als marxistischer Theoretiker in der Praxis mit einer vom französischen Imperialismus vorgeschriebenen Wirtschafts- und Finanzentwicklung zu rechnen hatte, und darum keinen marxistischen Baum im luftleeren Raum pflanzen konnte. — Red. d. „Volksblatt".) Wenn wir recht unterrichtet sind, ist ihm gerade dieses Manko in den Kreisen seiner eigenen Parteifreunde angekreidet worden. Aber Dr. Helfferding hat die Kohlensteuer als eine der wenigen ergiebigen Steuern, die dem Reichsfiskus noch übrig geblieben sind, nicht opfern wollen. Er hat mindestens für die Aufhebung dieser Steuer die Garantie verlangt, daß dann die Kohlen doch entsprechend billiger würden. Er hat die Kohleninteressenten noch auf andere Dinge hingewiesen, die im Augenblick zu erörtern vielleicht nicht opportun scheint. Und deshalb mußte er bekämpft werden. Und noch ein zweites Verbrechen hat er begangen: er hat dem Reichswirtschaftsrat ein Gesetz vorgelegt, das die unbedingte Wertbeständigkeit der Steuern festlegen sollte. Er hat die Spekulation auf weitere Inflation zu Lasten des Reichssäckels endlich beseitigen wollen. Und das war natürlich ein „Verbrechen", das Sühne verlangt. Man wird gerade unter diesen Gesichtspunkten die Handlungen der neuen Minister genau prüfen müssen.

Die Frage ist, ob mit solcher Gegnerschaft im Rücken das neue Kabinett Stresemann lange bestehen kann. Die Frage muß mit nein beantwortet werden, wenn es der Kanzler nicht versteht, sich endlich eine Deckung zu schaffen, wo er mit freiem Rücken fechten kann. Es hat wirklich keinen Zweck, sich über die Frage „Diktatur oder Parlamentarismus" zu unterhalten, wenn die Diktatur Stinnes weiter ihren Terror ausüben darf."

Nachdem Bernhard dann Stinnes als den größten Kohlenhändler, Nutznießer des Finanzkapitals und schließlich selbst Finanzkapitalisten geschildert hat, der aus jeder Inflation neue Milliarden hereingebracht und die Markentwertung offensichtlich gefördert hat, führt er fort:

„Nun ist das Ziel erreicht.

Die Papiermark ist nichts mehr wert.

Die Schulden, mit denen Sachwerte gekauft wurden, sind wertloses Papier geworden, sie sind abgetragen durch den Ruin des Mittelstandes, dessen Renten zerstört sind.

Rhein und Ruhr sind von Deutschland abgeschnürt. Vorläufig aus der Souveränität des Reiches ausgeschieden. General Degoutte hebt den Achtstundentag auf, schaltet die Wirkung des Betriebsrätegesetzes aus. Und wenn Frankreich jetzt seine „Reparationen" aus Rhein und Ruhr zieht, so bezahlt die Arbeiterschaft Deutschlands durch ihre Mehrarbeit die gesamten Reparationsleistungen, die aus Rhein und Ruhr fließen.

Und Hugo Stinnes führt ins Ruhrgebiet, um — wie es die „Deutsche Allgemeine Zeitung" nennt, auf seinem „bitteren Gang" — mit dem General Degoutte zu verhandeln. Wird Hugo Stinnes dort Steuern anbeten? Wird er seine Arbeiter vor Entrechtung durch den französischen Kapitalismus und Militarismus schützen? Aus der Haltung der ihm ergebenen Zeitungen ist solche Absicht nicht zu erkennen. Sie wetern gegen den Kanzler, der noch einen letzten Versuch macht, sich mit Frankreich auseinanderzusetzen. Sie treten für eine deutschnationale Diktatur ein, obwohl sie genau wissen müssen, daß ein Kampf gegen Frankreich gar nicht möglich ist, sondern eine solche Diktatur Rhein und Ruhr den Franzosen preisgeben hieße. Aber sie erwarten, daß diese Diktatur dann auch in Deutschland dafür sorgen würde, daß die Reparationen ausschließlich von den breiten Massen der Nichtbesitzenden bezahlt werden.

Darum dreht sich der ganze Kampf, der während der letzten Tage in das Gewand einer parlamentarischen Intrige gehüllt wurde, um für die große Masse des Volkes den Einblick in die wirklichen Interessen zu versperren, die den Ausschlag gegeben haben.

Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat in seiner gestrigen Reichstagsrede sehr gut charakterisiert, wie alle bisherigen Reichskanzler im Stich gelassen worden sind, wenn sie den Versuch machten, diejenigen Führer der Wirtschaft, die mit mehr oder weniger Recht an der Geschäftsführung des Reiches Kritik geübt hatten, zur praktischen Regierungsarbeit heranzuziehen. Das klang beinahe wie der Aufschrei eines gequälten Herzens. Auch ihm haben sich dieselben Leute, die ihn kritisierten und ihm ein Bein stellten, versagt. Nur als unverantwortliche Ratgeber, die hinderten, wo praktische Tatkraft zugreifen wollte, haben sie sich stets in den Vordergrund gedrängt. Und mit kleinlichen Intrigen haben sie in den Fraktionszimmern hemmend zu wirken gesucht. Sie waren die Diktatoren hinter den Kulissen. Ohne den Mut zur Verantwortlichkeit, ohne den Begriff der Verantwortung gegenüber dem Staat. Dieser heimlichen Diktaturherrschaft muß jetzt ein Ende bereitet werden. An ihrer Beseitigung sollten sich die Wohlmeinenden aus allen Parteien beteiligen. Es handelt sich jetzt hier nicht um einen Kampf der Weltanschauungen, sondern im Gegenteil um einen Kampf gegen die Vergiftung der Weltanschauungskämpfe durch Interessentencliquen. An diesem Kampf sind die Idealisten in den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei genau so beteiligt, wie die Angehörigen der linksstehenden Parteien. Und das muß der Kampf der nächsten Wochen sein."

Wir haben den ausgezeichneten Ausführungen Bernhards nichts hinzuzufügen als den Wunsch, daß die Volkspartei Stinnes mit seinem Anhang gegenüber die sich von selbst ergebenden Konsequenzen ziehen wird.

Rede des preußischen Ministerpräsidenten.

Preußischer Landtag.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung 3 Uhr 15 Minuten. Das Andenken des Abg. Holtz (Soz.) ehrt das Haus durch Erheben von den Plätzen. Dann erhält das Wort

Ministerpräsident Braun:

(von den Kommunisten mit stürmischen Zurufen empfangen: Nieder die Große Koalition! Der Platzhalter der Faszisten hat das Wort!) Das deutsche Volk schuldet dem Reichskanzler Stresemann den größten Dank, daß er den Mut gefunden hat, die schwere Verantwortung für den Abbruch des passiven Widerstandes auf sich zu nehmen. Das ist besonders der demagogischen Agitation gegenüber, die das Unglück des Landes zu politischer Verhetzung mißbraucht, hervorzuheben. Auch der Rhein- und Ruhrbevölkerung sind wir zu größtem Dank verpflichtet für ihr mutiges Ausharren. Es ist unwahr, daß wir die Gefangenen und Ausgewiesenen ihrem Schicksal überlassen wollen. (Unterbrechungen bei den Kommunisten.) Niemals werden wir von unserer Vorberung abstehen nach Befreiung der Gefangenen und Rückkehr der Ausgewiesenen.

Die Folgen der Geldentwertung sind besonders schlimm für die Ernährung und hinsichtlich der Arbeitslosigkeit. Die Staatsregierung hat sich bereits mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit gewandt, um die äußerste Not zu mildern. Soweit es angeht, werden auch Staatsmittel bereitgestellt werden müssen. Es ist wertvoller, die Erwerbslosen durch Ueberweisung von Arbeit zu unterstützen, als ihnen die Arbeitslosenunterstützung zu gewähren (Sehr wahr!), denn die letztere hat zweifellos erhebliche moralische Nachteile zur Folge. In Preußen ist mehr als jede vierte Notstandsarbeit eine Bodenverbesserung. Das Verfahren der produktiven Erwerbslosenfürsorge erscheint auch im Interesse sparsamster Verwendung von Reichs- und Staatsmitteln geboten. Gegenwärtig sind Erhebungen des Wohlfahrtsministeriums im Gange, die Arbeitsgelegenheiten zu erfassen; sie werden in den nächsten Tagen abgeschlossen.

Reich, Staat und Gemeinden leiden heute gleichmäßig Not; ihre Einnahmen decken nur einen ganz geringen Bruchteil ihrer notwendigsten Ausgaben. Eine große Anzahl von Steuern decken nicht einmal mehr die Veranlagungskosten. Wir hoffen, daß die Einnahmen der von Reich, Staat und Gemeinden erhobenen Steuern ganz automatisch mehr und mehr wertbeständig gestaltet werden. Nur dann sind Reich, Staat und Gemeinden in der Lage, die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Auch in Preußen müssen die dem Staate noch verbleibenen Steuerquellen bis zum letzten ausgeschöpft werden. Den Ländern und Gemeinden müssen außerdem neue Steuerquellen eröffnet werden. Wir brauchen einen festen Wertmesser. Preußen hat deshalb der Vorlage der Reichsregierung, durch die Einrichtung einer Währungsbank dem Deutschen Reiche und der deutschen Wirtschaft eine feste Währung zu geben, zugestimmt. Daß ein großes, intelligentes und selbstbewußtes Volk bei vollen Schennen verhungert, wie Graf Westarp im Reichstag ausführte, ist nicht zu ertragen. Die Lebensmittel müssen dem Volk in ausreichender Weise zugeführt werden. Die Bekämpfung des Wuchers wird außerordentlich erschwert. Der Ausgangspunkt für die Preistreiberei auf allen Gebieten befindet sich bei Kohle und Eisen. Der Preisgestaltung dieser Produkte muß nachgegangen werden. Nur durch Zusammenfassung und Einsetzung aller aufbauenden Kräfte wird das deutsche Volk und seine Wirtschaft wieder gedeihen. Niemals hat Reichtum und bitterste Armut so nahe beieinander gewohnt wie jetzt bei uns. Bewaffnete Haufen treiben sich im Lande umher und begehen Gewaltaten. Dabei geht es jetzt um Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches. Niemals war die Einheit und Geschlossenheit aller Landsmannschaften unseres Vaterlandes notwendiger als jetzt. In Düsseldorf hat sich unter französischem Beistand und Schutz Hochverrat auf offener Straße breitgemacht. Der Schutzpolizei spreche ich den Dank der Staatsregierung für ihr pflichttreues Verhalten aus. (Lebhafter Beifall.) Wenn der französische Ministerpräsident die Welt glauben machen will, es habe sich lediglich um eine friedliche Veranstaltung unbewaffneter Massen gehandelt, so ist das eine gröbliche Entstellung der Tatsachen. (Abg. Hoffmann (Komm.): Er schwindelt genau so wie Ihr. — Präsident Leinert ruft der Zwischenrufer zur Ordnung.)

Der Reichspräsident sah sich gezwungen, in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung den Ausnahmezustand zu verhängen. (Stürm. Pfuirufe bei den Kommunisten.) Dadurch ist es gelungen, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Auch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes wird die Reichs- und die Staatsregierung alle Machtmittel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einsetzen, sei es gegen rechts oder links. (Lebh. Beifall.) Wir sollten uns stets vor Augen halten: Wenn zu der fürchterlichen inneren Not und der dauernden äußeren Bedrückung noch innere Selbstzerfleischung kommt, dann müssen wir alle Hoffnung auf Besserung und Rettung aufgeben. Um die Einheit und Geschlossenheit Preußens und des Reiches aufrechtzuerhalten, müssen wir alle zusammenstehen und die Gegensätze nicht weiter verschärfen. Nur so kann es gelingen, Land und Volk durch die furchtbare Not dieser Zeit hindurchzubringen. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit, Lärm bei den Komm.)

Abg. Limbertz (Soz.):

Mit der Aufgabe des passiven Widerstandes müssen wir uns abfinden; jetzt gilt es, die Produktion im Ruhrgebiet wiederaufzurichten. Die offene Kampfansage der wirtschaftlichen und politischen Reaktion, den Vorstoß gegen die sozialen Fürsorgen, gegen den Achtstundentag verurteilen wir aufs schärfste. Der Ansturm gegen die Gesetze zum Schutze der Arbeiterschaft wird von der gesamten Arbeiterschaft aufs heftigste abgewiesen werden. Die letzten Vorgänge im Ruhrgebiet waren unerhört in treuloser Weise hat eine Vertragspartei die bestehenden Verträge gebrochen. Die Abwehr der Arbeiterorganisationen ist erfolgt und wird weiter geführt werden. Wir verlangen die Einhaltung der Gesetze und der Tarifverträge. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft hat in den letzten Tagen vernichtende Schläge erhalten. Die Verhandlungen zwischen Stinnes und Degoutte haben viel böses Blut gemacht. Die Arbeiterschaft lehnt privatkapitalistische Krücken ab. Aber wir fordern energische Maßnahmen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung. Zur Staatsregierung haben wir das Vertrauen, daß sie mit starker Hand durchgreift gegen Putsche von rechts wie von links. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. Loenartz (Zentr.): Mit tiefstem Schmerz haben die Rheinländer die Aufgabe des passiven Widerstandes hinnehmen müssen; aber sie war notwendig, um nicht das ganze deutsche Volk zusammenbrechen zu lassen. Mit den separatistischen Bestrebungen hat das rheinische Volk nichts gemein. Der Besitz muß zu Opfern bereit sein; von der Wehrpflicht des Besitzes hängt Leben oder Sterben des deutschen Volkes ab.

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Dn.): Im Januar hat man den passiven Widerstand als eine machtpolitische Aktion aufgefaßt, die letzten Kampfmittel der Verzweiflung mußten zur Anwendung gebracht werden. Die „Ehrenpunkte", die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der Vertriebenen, sind nicht mit der erforderlichen Energie geltend gemacht worden. Als geeigneten Mann für diese Aufgaben sieht man Herrn Dr. Breitscheid an, der wie ich höre, soeben das Agrement als Botschafter in Paris erhalten hat. (Große Bewegung und Unruhe im ganzen Hause.) Den Sozialdemokraten halte ich das Wort Bebels vor: „Schließlich gibt es einen Punkt, wo man nicht mehr nach dem Schaden fragen darf. Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre, erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfötter behandeln läßt!" (Stürmisches Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen frei werden von der unseligen Idee, daß ohne die Sozialdemokraten nicht regiert werden kann. Preußen wird nicht zugrunde gehen, weil noch Kräfte vorhanden sind, die an dieses Preußen glauben. (Stürmischer Beifall bei den Deutschnationalen, Lärm links.)

Abg. Dr. Kalle (DVp.): Die Behauptung des Vorredners, Dr. Breitscheid sei zum Botschafter in Paris ernannt worden, trifft nicht zu. (Hört, hört! Abg. v. Lindeiner-Wildau: Die Nachricht hat in der Presse gestanden!)

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 12 Uhr: Fortsetzung der Aussprache. —

Schluß 6½ Uhr.

Sehr vielsagend!

Das „B. T." meldet: Der Generaldirektor der Stinnes-Unternehmungen, Minoux, hat seine sämtlichen Posten niedergelegt, um sich, im Einverständnis mit Stinnes, fortan ausschließlich der Politik zu widmen.

Braucht Stinnes einen politischen Generaldirektor?

Dichtung und Wahrheit.

Die „Agence Belge" meldet: Der deutsche Geschäftsträger hatte vormittags eine Unterredung mit dem Außenminister Jaspar, dem er mitgeteilt haben soll, das Deutsche Reich wünsche bei der Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet mitzuarbeiten und wieder auf Reparationskonto Kohle zu liefern. Das Reich wünsche ferner den Zusammentritt von deutschen, französischen und belgischen Delegierten zur Regelung der Frage. Jaspar soll dem deutschen Geschäftsträger erklärt haben, er werde sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Auf jeden Fall aber müsse das Reich den zur Lieferung von Brennstoff bereiten Industriellen versprechen (!!), daß es diese bezahlen werde, und ferner den deutschen Eisenbahnern befehlen, daß sie die Arbeit wiederaufnehmen.

*

Die vorstehende Meldung der „Agence Belge" ist nicht ganz richtig. Die Reichsregierung hat lediglich ihre Vertretungen in Brüssel und Paris erneut angewiesen, bei den zuständigen Regierungen um sofortige Aufnahme von Verhandlungen nachzusuchen. Diese Verhandlungen sollen in erster Linie der Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrgebiet dienen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231010-12/fragment/page=0002

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Oktober. (Soz. Parl.-Dienst.)

Der Reichstag verhandelte am Dienstag über das **Ermächtigungsgesetz.** Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Genosse Herm. **Müller.** Er umriß in großen Zügen die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Fragenkomplex, der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes von dem Kabinett erledigt werden soll, und **forderte von der Reichsregierung die Wahrung des Hoheitsrechtes des Reiches gegenüber den Verhandlungen, die von Stinnes und anderen Industriellen mit dem General Degoutte geführt worden sind.** Müller regte eine Prüfung der Frage an, **ob der von Otto Wolff im Namen des Phönix-Konzerns abgeschlossene Vertrag mit der Ingenieurkommission nicht den Tatbestand des Landesverrats** erfülle. Zum Schluß polemisierte er eindrucksvoll gegen die Kommunisten.

Im weiteren Verlauf der Debatte griff der Vertreter der Deutschvölkischen, **Wulle,** den Innenminister **Sollmann** heftig an. Er wollte ihn sogar vor den Staatsgerichtshof gestellt sehen. Sollmann lehnte es **unter dem Geheul der Deutschvölkischen ab, mit Herrn Wulle zu diskutieren, der ihm ein Telegramm übermittelt habe, das eine Drohung mit einer hochverräterischen Handlung enthalte.** Als nämlich seinerzeit durch den **kommunistischen Streik** die Badegäste auf Borkum **Verkehrsschwierigkeiten** hatten, sandten sie an alle Behörden Telegramme, in denen sie **ankündigten, daß sie samt der Insel Borkum sich unter den Schutz Hollands stellen würden.** Zum **Vermittler** ihrer Wünsche an das Innenministerium erkoren sie sich Herrn **Wulle,** der ihnen sofort **willfahrte. Mit diesem Deutschvölkischen, dem Vertrauensmann der Devisenpatrioten, denen der Begriff Vaterland nichts ist, hatte Genosse Sollmann wahrlich keinen Grund, sich zu befassen.**

•

Berlin, 10. Oktober. (WTB.)

Der Reichstag nahm das Ermächtigungsgesetz und die einzelnen Paragraphen **unter Ablehnung aller Abänderungsanträge** an. Die dritte Lesung des Gesetzes wurde aber infolge des Einspruches der Kommunisten und der Deutschnationalen erst für heute festgesetzt.

Produktionssteigerung.

Von Th. Leipart.

Die Gewerkschaften sind **für** die intensivste Steigerung der Produktion und anerkennen, daß diese eine wichtige **Voraussetzung für die Rettung** des Volkes ist.

Die Gewerkschaften haben schon oft ihre Stimme **für** eine Vervollkommnung und bessere Ausnützung der technischen Hilfsmittel der Produktion und **für** die Beseitigung der Hemmungen erhoben, die durch die Syndikate der Unternehmer der notwendigen und möglichen technischen Entwicklung bereitet werden. Die Gewerkschaften sind die entschiedensten Gegner der **Syndikatspolitik,** die nur dazu dient, technisch rückständige und minderleistungsfähige Betriebe durchzuschleppen, deshalb jeden Anreiz zum geistigen und wirtschaftlichen Wettbewerb ertötet und somit das größte Hindernis gegen die fortschrittliche Entwicklung der produktiven Kräfte ist.

Die Gewerkschaften erkennen an, daß es zur Gesundung der Wirtschaft und zur Erhöhung des Ertrages der Produktion ebenso notwendig ist, alle **unproduktiven Kräfte auszuschalten** und an anderer Stelle wieder produktiv zu beschäftigen. Sie sind bereit, unter gerechter Wahrung der Lebensinteressen der betroffenen Arbeitskräfte an der Lösung dieses Problems mitzuhelfen.

Sie anerkennen ferner, daß es nicht nur **Pflicht der Unternehmer** ist, durch geeignete Betriebseinrichtungen die Voraussetzungen der Höchstleistungen der Produktion zu schaffen, sondern ebenso auch **Pflicht der Arbeitnehmer,** in der normalen Arbeitszeit intensive Arbeit zu leisten in dem Umfange, wie körperliche Kräfte und die Rücksicht auf die Gesundheit es ermöglichen.

Sie sind auch bereit, **für** eine Mehrarbeit zur Erhöhung der Produktionsleistung überall da einzutreten, wo dies **geboten** und **möglich** ist, **wenn damit der gesetzliche Achtstundentag nicht angetastet wird.**

Sie lehnen es jedoch entschieden ab, sich selbst und die Arbeiterschaft bei der Regelung dieser wichtigsten Frage des Arbeitsverhältnisses **ausschalten** zu lassen.

Sie bestreiten überdies, daß mit einer **Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit** schon eine wirkliche Vermehrung der Arbeitsleistung erreicht wäre. Ein Diktator könnte nur mit drakonischen Zwangsmaßnahmen vielleicht die längere Arbeitszeit **erzwingen,** aber solche Gewaltpolitik würde sich bitter **rächen** und die deutsche Wirtschaft sicherlich **nichts** dabei gewinnen.

Die Gewerkschaften stehen fest **auf dem Boden der Verfassung,** die den Arbeitern und Angestellten ausdrücklich das Recht garantiert, „gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken". Jede Gewerkschaft ist bereit, mit der Arbeitgeberorganisation ihres Berufes über eine bessere Entwicklung der produktiven Kräfte und auch über notwendige Mehrarbeit **Vereinbarungen** zu treffen, wie die Reichsverfassung sie in dem Satz: „die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt", vorgesehen hat.

Die Gewerkschaften sind im Interesse der deutschen Wirtschaft seit Jahren **für** eine Sanierung der deutschen Finanzen eingetreten, für eine allgemeine, durchgreifende Finanzreform statt der bloßen Häufung der Steuergesetze. Sie sind immer wieder für eine **Stabilisierung der Währung** eingetreten, weil nur auf dieser Grundlage stabile Löhne und Preise möglich sind, die neben der notwendigen Sorge für ausreichende Ernährung eine der wichtigsten **Voraussetzungen** für eine Steigerung der Produktion bilden.

Zur Erfüllung dieser Voraussetzung für eine Steigerung der Produktion sind die Gewerkschaften auch dafür, daß eine **Entlastung des Reiches von unproduktiven Ausgaben** herbeigeführt wird. Aber sie können dem in dem Entwurf einer neuen Verordnung vorgeschlagenen Weg der Abwälzung der gegenwärtigen Kosten der Erwerbslosenfürsorge auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht zustimmen, da es **unerträglich** ist, die allgemeine Sanierung der Staatsfinanzen zuerst bei den **sozialpolitischen Ausgaben** des Reiches und auf Kosten der Arbeitnehmerschaft zu beginnen, ehe die Heranziehung des Besitzes zu den öffentlichen Lasten durch eine wirkliche Erfassung der Sachwerte gewährleistet ist. Die Gewerkschaften **fordern daher vorweg eine allgemeine Finanz- und Währungsreform,** die gesunde Staatsfinanzen und stabile Lohn- und Preisverhältnisse schafft. Im Rahmen dieses umfassenden Finanz- und Währungsplanes kann eine Entlastung des Staates von der Erwerbslosenfürsorge auf dem Wege der sofortigen Erledigung und beschleunigten Inkraftsetzung des Gesetzentwurfs betreffend Arbeitslosenversicherung, der vom Reichswirtschaftsrat bereits im Frühjahr 1923 begutachtet worden ist, herbeigeführt werden.

Die Gewerkschaften waren und sind in diesem Sinne zur **positiven Mitarbeit** an dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bereit. Aber sie sind nicht gewillt, für eine Steigerung der Produktion durch **Raubbau an der Arbeiterschaft** zugunsten der **Unternehmer** einzutreten.

Kahr will sich populär machen.

Verbot des „Heimatland".

München, 10. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Das Generalstaatskommissariat dürfte in den nächsten Tagen eine Verordnung erlassen, die dazu dienen soll, die Popularität des Herrn v. **Kahr** in den breiten Volksschichten zu steigern. Es handelt sich um strenge Maßnahmen gegen das **Wucher- und Schiebertum.** Für **besonders schwere Fälle** wird die **Todesstrafe** angedroht. **Sie ist ausschließlich vorgesehen für die Verschiebung bayerischer Lebensmittelprodukte ins Ausland.** Empfindliche Freiheitsstrafen sind auch geplant für den Wucher mit **Kohlen und Brennholz.**

•

Das **Verbot des „Heimatland"**, der Wochenschrift des „Kampfbund", ist nicht auf eigene Anordnung des Herrn v. Kahr zurückzuführen, sondern stellt eine **polizeiliche Maßnahme** dar. Das Eingreifen der Polizei wurde dadurch ermöglicht, daß diese Wochenschrift selbst in Ankündigungen von sich als dem Ersatz des verbotenen „**Beobachters**" sprach und auch seinen Kolporteuren Plakate mit entsprechenden Hinweisen mitgab. Das Verbot des „Heimatland" dauert bis zum **14. Oktober.**

Zug und Gegenzug.

Berlin, 10. Oktober. (WTB.)

Reichswehrminister Dr. **Geßler** hat an die Wehrkreisbefehlshaber folgenden Befehl erlassen: Die Verordnung vom 1. Oktober über Verbreitung von Nachrichten wird **aufgehoben.** Gegen Zeitungen, Nachrichtenbureaus usw., die durch Verbreitung ungeprüfter Berichte die öffentliche Ordnung gefährden, ist auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 einzuschreiten.

•

Die Aufhebung der Verordnung vom 1. Oktober, die auf Verlangen der Sozialdemokratie erfolgte, hätte natürlich keine neue Verordnung nach sich ziehen dürfen, die bei illoyaler Durchführung durch die Militärbefehlshaber der Verfügung vom 1. Oktober durchaus gleichzusetzen ist. Das gute Verhältnis zwischen militärischer Führung und Presse ist ja hinreichend bekannt. Es wäre sehr angebracht, wenn Geßler auch seine zweite Verfügung so zurückzöge, daß sie nicht durch eine dritte wieder aufgehoben wird.

Englischer Beruhigungsversuch.

London, 10. Oktober. (WTB.)

Zur Note der Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der Tätigkeit der alliierten Kommission zur Kontrolle der Entwaffnung wird nach Meldung des Reuterschen Bureaus darauf hingewiesen, daß während der letzten Monate so gut wie keine Inspektion stattgefunden habe. **Es werde angenommen, daß die Note Deutschland gegenüber nur zum Ausdruck bringen wollte, daß die Kommission jetzt ihre Tätigkeit aufnehmen werde.** Es sei aber **nicht bekannt, welche tatsächliche Bedeutung ihr beizulegen sei.**

Lenins Befinden weist eine entschiedene Besserung auf. Er macht längere Spaziergänge und Autofahrten und bekundet lebhaftes Interesse an den Staatsgeschäften.

Wirtschaftspolitik.

Amtliche Devisenkurse.

	10. Okt. Mark (Geld)	9. Okt. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	350 000 000	345 750 000
1 belgischer Frank	—	—
1 dänische Krone	—	—
1 italienische Lira	—	—
1 Pfund Sterling	10 000 000 000	5 300 000 000
1 Dollar	2 200 000 000	1 165 000 000
1 französischer Frank	—	—
1 Schweizer Frank	—	—
1 tschechische Krone	65 000 000	34 500 000

Tendenz: Steigend.

Berliner Produktenbörse.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 9. Oktober.

Produkte	50 Kilogr. in tausend Mk. heute	50 Kilogr. in tausend Mk. Vortag	Produkte	50 Kilogr. in tausend Mk. †) heute	50 Kilogr. in tausend Mk. †) Vortag
Weizen, märk.	1800-1900000	1040-1060000	Leinsaat **)	—	—
" pomm.	—		Viktoria-Erbsen	4500-5000000	3000-3500000
" schles.	—	1020-1040000	Kl. Speise-Erbsen	3250-4000000	2250-2750000
Roggen, märk.	1600-1750000	975—990000	Futter-Erbsen	—	1500000
" pomm.	—	—	Peluschken	—	—
" schles.	—	—	Ackerbohnen	—	—
" westpr.	—	—	Wicken	—	—
Gerste, Sommer	1700-1800000	950—1025000	Lupinen, blaue	—	—
" schles.	—	—	" gelbe	—	—
Hafer, märk.	1400-1500000	850—875000	Serradella		—
" schles.	—	—	Rapskuchen	900—950000	675—700000
Mais loko Berlin	—		Leinkuchen	—	
waggonfr. Hamb.	—	—	Trockenschnitzel	—	—
Weizenmehl *)	5800-6500000	4000-4400000	Vollwert. Zucker-		
Roggenmehl *)	4800-5100000	3800-4100000	schnitzel	—	—
Weizenkleie **)	600—700000	450—475000	Kartoffelflocken	1200-1300000	875—900000
Roggenkleie **)	650—725000	—	Torfmelasse		
Raps **)	—	1500-1600000	Mischung 30/70	—	—

*) 100 kg **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab Station.

Tendenz: Kleie stramm, Hafer steigend, alles andere geringes Angebot.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Vorstoß des Unternehmertums.

Wir berichteten bereits über den Versuch der rheinischen Bergherren, statt der siebenstündigen Schicht die achteinhalbstündige Arbeitszeit wiedereinzuführen. **Anstatt auf dem durch die Verhandlungen** des Reichstages vorgesehenen Wege der **tariflichen Vereinbarungen** eine Mehrarbeit der Bergleute zu erstreben, versucht man es mit dem **Diktat,** wie die „Herren im Hause" es zu Wilhelms schönen Zeiten gewohnt waren. Alles, was im Laufe des Krieges und unter dem Druck der Ereignisse von 1918 an Zugeständnissen an die Arbeiterschaft gewährt werden mußte, soll jetzt mit einem Federstrich beseitigt werden. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat sofort einen Aufruf erlassen und die deutschen Bergarbeiter aufgefordert, diesem an Landesverrat grenzenden Ansinnen der Grubenherren den allerentschiedensten Widerstand entgegenzusetzen.

Aus einer in der gestrigen Morgenausgabe des „Vorwärts" enthaltenen Meldung geht hervor, daß die Berggewaltigen daraufhin auch eingesehen haben, daß sie sich zuviel zutrauten und es vorzogen, einen **Rückzug** anzutreten. Als die erste Nachricht von dem Beschluß der Zechenherren, der schon am 30. September gefaßt war, in Berlin eintraf, hat der preußische **Handelsminister,** Genosse **Siering,** die staatlichen **Zechen** im besetzten Gebiet sofort angewiesen, die Anordnung des Zechenverbandes nicht zu befolgen. Dadurch wurde die Einheitsfront der Grubenbesitzer durchbrochen, und der Rest des Zechenverbandes hat es jetzt vorgezogen, angesichts des einmütigen Widerstandes und ihrer Vertreter in der Reichsregierung und im preußischen Kabinett, **ihre Anordnung zurückzunehmen.** Heute soll gelegentlich der Lohnfestsetzung im Reichsarbeitsministerium auch über diese Frage entschieden werden.

Die einzig richtige Antwort.

Die christlichen Gewerkschaften gegen Stegerwald.

WTB. meldet aus **Berlin:**

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter und Angestellten und der Beamtenverbände faßten den einstimmigen Beschluß, an den Vorstand des Reichsausschusses das Ersuchen zu richten, aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft auszuscheiden. Maßgebend für diesen Entschluß waren die letzten Maßnahmen des schwerindustriellen Unternehmertums, die, wie der Ausschuß mitteilt, gegen die Lebensinteressen der gesamten deutschen Nation verstoßen und sich willkürlich und einseitig über Gesetz und Vertrag hinwegsetzen.

Und der ADGB.? Sollte er die verhängnisvolle Arbeits-

An den Ufern des Hudson.

Roman von Lawrence H. Desberry.

Einzigberechtigte Uebertragung aus dem Englischen von Hermynia Zur Mühlen.

24] (Nachdruck verboten.)

„Nein," entgegnete Harvey. „Ich las bloß ihren Prozeß in der Zeitung." Er schüttelte sich leicht. „Ich möchte sie auch nicht kennenlernen, habe eine schier krankhafte Antipathie gegen hysterische Frauenzimmer."

Dr. Brathford lachte. War es Harveys Einbildung oder lag tatsächlich ein Ausdruck der Erleichterung auf des Arztes Gesicht?

„Sie sind grausam, Herr Hardy, wie alle Laien. Diese armen hysterischen Geschöpfe sind nicht zu verurteilen, sondern zu bedauern. Doch will ich Ihre Mittagsruhe nicht länger stören."

Er nickte ihm freundlich zu und schritt weiter.

Um vier Uhr ging Harvey in sein Zimmer zurück und schob, nachdem er sich vergewissert hatte, daß Ethel Lindsay allein sei, einen Zettel durch den Türspalt.

Mit lebhaftem Interesse betrachtete er den ganzen Nachmittag hindurch den Himmel, an dem schwere graue Regenwolken aufzogen. Und als es gegen acht Uhr heftig zu regnen begann, seufzte er erleichtert auf.

Eine mondhelle Nacht wäre ihm unangenehm gewesen.

Am folgenden Morgen ließ Brathford bereits um acht Uhr Harvey in sein Sprechzimmer bitten. Der Arzt war sehr blaß, ein nervöses Zucken lief über sein Gesicht, und auch seine Stimme klang anders wie gewöhnlich. Er erwiderte Harveys Gruß kaum, fragte sofort aufgeregt:

„Haben Sie heute nacht irgendwelche Geräusche aus dem Nebenzimmer vernommen?"

Harvey blickte ihn erstaunt an, erwiderte dann:

„Nein. Allerdings hatte ich ausnahmsweise eine gute Nacht. Schlief von Elf bis Sieben in einem Zug."

Dr. Brathford betrachtete ihn forschend.

„Bis elf Uhr waren Sie also wach?"

„Ja."

„Und Sie hörten nichts, gar nichts?"

„Nichts Außergewöhnliches. Meine Nachbarin ging wie gewöhnlich ziemlich lange im Zimmer auf und ab. Einmal ließ sie etwas fallen; dies war um dreiviertel Elf; ich weiß es genau, denn ich entzündete da das Licht, um zu sehen, wie spät es sei."

„Also bis Elf . . .", sprach der Arzt vor sich hin.

„Darf ich fragen, ob der jungen Dame etwas zugestoßen ist, Herr Doktor?", erkundigte sich Harvey.

„Nein!", schrie der Arzt mit unbegründeter plötzlicher Heftigkeit. „Nein, was sollte ihr denn zugestoßen sein? Aber ich sagte Ihnen doch schon gestern, Fräulein Lindsay sei unzurechnungsfähig; deshalb . . . aber das sind interne Angelegenheiten," brach er ab.

Harvey nickte. „Ich wollte nicht indiskret sein."

„Warum schauen Sie mich so an?" schrie Brathford. „Weshalb wollen Sie sich in die Privatangelegenheiten meines Sanatoriums mischen?"

Der Arzt bebte vor Wut.

Harvey machte ein verblüfftes Gesicht.

„Ich verstehe Sie nicht, Herr Doktor. Sie ließen mich doch rufen, fragten selbst . . ."

„Ja, ja, es ist schon gut. Ich bin heute etwas nervös, habe einige schwere Fälle. Sie werden begreifen, Herr Hardy, meine Schroffheit entschuldigen."

„Gewiß."

Als die Patienten um die Mittagszeit im großen Speisesaal versammelt waren, sagte Dr. Brathford laut, übertrieben laut, deuchte es Harvey:

„Tragen Sie sofort Fräulein Lindsay das Essen auf ihr Zimmer. Sie hat sich eben bei mir beklagt, daß ihr immer zu spät serviert wird."

Dr. Brathford sandte an diesem Tage viele Telegramme fort, darunter eines an Fräulein Muriel Brice adressiert.

Elftes Kapitel.

Verdacht.

Harvey Word vermochte in dieser Nacht kein Auge zu schließen; immer wieder richtete er an sich die Frage: Wie ist es möglich, daß ein Arzt eine Patientin zu einer Operation zwingen will, die nicht nur unnötig ist, sondern von der er auch genau wissen mußte, daß sie den Tod herbeiführen würde?

Er fand unzählige Antworten, doch befriedigte ihn keine. Vor allem gab es drei Möglichkeiten: entweder: der Arzt ist ein Verbrecher, oder: er versteht sich nicht auf seinen Beruf, oder aber: er ist verrückt geworden.

Ein Verbrecher? Nein, dagegen zeuget Brathfords ganzes, dem Wohle der Menschheit geweihtes Leben. Ein Mann, der seit mehr als fünfundzwanzig Jahren ein ehrenhaftes, der Gesellschaft nützliches Leben führt, wird nicht von heute auf morgen, wenn seine Lebensbedingungen gleich geblieben sind, zum Verbrecher. Einen Augenblick dachte Harvey an eine unglückliche Leidenschaft für die schöne Irländerin; vielleicht hat sie, von der er ja weiß, daß sie äußerst kokett ist, mit Brathford gespielt und diesen zum Wahnsinn getrieben. Aber nein, Brathford hat eine wunderschöne Frau, lebt mit ihr anscheinend in glücklichster Ehe. Außerdem ist Ethel Lindsay erst vor wenigen Monaten aus Europa zurückgekehrt, erst vor etwa zehn oder acht Tagen ins Sanatorium gekommen. Nein, auch dies ist ausgeschlossen. Die zweite Möglichkeit: Brathfords Unwissenheit? Zahllose geglückte Operationen, unzählige, an Wunder grenzende Heilungen sprachen gegen diese Annahme. So blieb nur noch die letzte Möglichkeit: Brathfords Geist sei getrübt.

Harvey zwang in sein Gedächtnis das Bild des Mannes, dem er am Morgen im Sprechzimmer gegenübergestanden hatte: nein, das war kein Verrückter, war — ja, war ein zu Tode erschrockener, seine Nerven nicht mehr beherrschender Mensch gewesen, aber kein Verrückter. Es ist ja mehr als begreiflich, wenn das plötzliche geheimnisvolle Verschwinden einer Patientin aus dem Sanatorium dem Arzt äußerst peinlich ist, ihn erschreckt; ebenso verständlich ist es, daß er dies, um einen seinem Ruf schädlichen Skandal zu vermeiden, solange wie möglich verheimlicht.

Aber . . . Harvey preßte den schmerzenden Kopf zwischen beide Hände: wo ist dann eine Erklärung, eine Lösung des Rätsels zu finden?

Samuel Katzensteins Andeutungen fielen ihm ein; diesmal erschienen sie ihm schwerwiegender, bedeutsamer. Aber aus welchem Grund könnte ein Mann wie Brathford . . .? Nein, nein, das ist völlig ausgeschlossen. Es muß sich hier um einen Irrtum handeln; — und nun war er gleichsam wieder auf das sich rastlos drehende Rad der Gedanken geflochten: ein Verbrechen ist ausgeschlossen, ein Irrtum ist ausgeschlossen . . . Es war zum wahnsinnig werden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231010-12/fragment/page=0003

gemeinschaft auch jetzt noch am Leben erhalten wollen? Wir halten es als eine glatte Selbstverständlichkeit, daß der ADGB. und die Afa unverzüglich zu der Frage der Arbeitsgemeinschaft Stellung nehmen und den sofortigen Austritt erklären. Keine Stunde mehr zusammen mit einem Unternehmertum, das in so schamloser Weise an den Grundrechten der Arbeiterklasse zu rütteln sich erdreistet.

Das Steuerprogramm der Gewerkschaften.

Keine Frage ist wohl gerade in der letzten Zeit allgemein so in den Vordergrund der Diskussion eines großen Teils der Volksgenossen gerückt, als die Frage der Steuergesetzgebung. Dem Wunsche der Arbeitnehmer, daß nun endlich auch die Kreise von der Steuergesetzgebung erfaßt würden, die bisher nur spärlich und dann noch recht verspätet ihren Steuerpflichten nachkamen, wurde durch eine Eingabe an die Regierung entsprochen, die auf Grund eines Untersuchungsergebnisses der Steuerkommission des ADGB., des Afa-Bundes und des ADB. erfolgte. An den Untersuchungen, die jetzt in einer Broschüre „Die deutsche Steuergesetzgebung“ bei der Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin SO 16, zusammengestellt wurden, haben namhafte Sachverständige auf den Gebieten des Steuer- und Finanzwesens mitgearbeitet. Wir nennen nur Namen wie Professor Bonn, Professor Bühler, Professor Dr. Hirsch, Kurt Heinig, Rudolf Wissell.

Die Wirkung des bisherigen Steuersystems wurde untersucht und festgestellt, daß eine Anpassung der Steuern an den sich verändernden Geldwert wohl möglich ist. Die Steuern sollen zu einer wirklichen Quellenbesteuerung umgestaltet werden und ein schneller Eingang der Steuerbeträge erreicht werden. Die Frage der Sachwerterfassung wird auch hier in Leitsätze für den Gesetzentwurf gebracht. Alles in allem geben die gemachten Vorschläge jedem, der für seinen Teil mit daran arbeiten will, daß der Weg zur Gesundung unserer Steuergesetzgebung eingeschlagen wird, wertvolles Material. — Grundpreis 0,20, für Gewerkschaftsmitglieder 0,10. (Schlüsselzahl jeweils um 25 Prozent niedriger als die des Buchhandels.)

Verdoppelung der Beamtengehälter.

Der Teuerungszuschlag, der für die Zeit vom 24. September bis 8. Oktober 699 900 Prozent betrug, ist vom 9. Oktober an auf 1 399 900 Prozent erhöht worden. Die Bezüge erfahren somit von heute an eine Verdoppelung.

Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne in der Tschechoslowakei. Die tschechischen Bergarbeiter beschlossen auf ihrer am Sonntag abgehaltenen Reichskonferenz die Wiederaufnahme der Arbeit, womit der Streik nach sechs Wochen beendet ist. Es soll eine Herabsetzung der Löhne um 9 bis 13 Prozent, je nach Lage der Reviere, vorgenommen werden. Im Mai nächsten Jahres soll eine weitere Lohnherabsetzung erfolgen, falls bis dahin eine neue Senkung der Lebensmittelpreise erfolgt ist.

An alle deutschen Gewerkschafts- und Volkshäuser.

Eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Gewerkschafts- und Volkshäuser tagte am 27. und 28. September in Hamburg. Es wurde leider festgestellt, daß lange nicht alle Häuser mitarbeiten, wie es in der letzten Zeit so unbedingt notwendig wäre. Wir ersuchen erneut um Zusendung geeigneten Materials, damit ein Austausch der Erfahrungen besser möglich ist. Wir bitten alle Verwaltungen der Gewerkschafts- und Volkshäuser Deutschlands, sollten sie nicht im Besitze der Satzungen der Arbeitsgemeinschaft sein, diese bei dem Unterzeichneten einzufordern, auch in allen Fragen, besonders der Gemeinnützigkeit, die Zentrale auf dem laufenden zu erhalten.

Karl Odenthal, Gewerkschaftshaus Hamburg G. m. b. H., Hamburg 1, Besenbinderhof 56/59.

Genossenschaftliches.

Außerordentliche Verbandstage und Konferenzen

haben mehrere Revisionsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine abgehalten, wozu die außerordentlichen Wirtschaftsverhältnisse im allgemeinen und die der Konsumgenossenschaften im besonderen nötigten. Eine Konferenz des Verbandes der Konsumgenossenschaften in Rheinland und Westfalen in Elberfeld empfahl u. a. allen Verbandsgenossenschaften, die Vorarbeiten für die Einführung der Goldmarkrechnung möglichst bald zu beginnen und diese allenthalben zur Anwendung zu bringen. Ein außerordentlicher Verbandstag des Verbandes südwestdeutscher Konsumvereine in Mannheim forderte nachdrücklichst u. a. die Anpassung der eigenen, jetzt unzureichenden Betriebsmittel der Genossenschaften an die Geldentwertung durch wöchentliche Mindestzahlungen auf den Geschäftsanteil der Mitglieder. Für die Genossenschaftssparkassen sei eine umfangreiche Propaganda zu entfalten; die Zinssätze müßten der Zeit entsprechen. Auch die Stellungnahme einer Konferenz des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine in Berlin läßt erwarten, daß mit größter Energie weiter an der Erhaltung der Genossenschaften und ihrer Zentralen gearbeitet werden wird. Von den Mitgliedern der Genossenschaften wird erwartet, daß sie mit Vertrauen den Maßnahmen folgen, die die Verwaltungen zu ergreifen haben.

Wieder eine Gemeinde als Mitglied eines Konsumvereins.

Die Stadt Schwenningen ist Mitglied des Spar- und Konsumvereins für Schwenningen und Umgebung geworden.

500 Millionen Mark Geschäftsanteil.

Den bisher höchsten Geschäftsanteil der Mitglieder in den Konsumvereinen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beschloß eine rheinische Genossenschaft mit 500 Millionen Mark. Ihr folgen mehrere andere Vereine mit 300 Millionen Mark, dann solche mit 200 Millionen Mark, während 100 Millionen Mark Geschäftsanteile schon sehr zahlreich sind.

Aus aller Welt.

Raubüberfall.

Bei einer Frau Broschat in Grätzwalde bei Köpenick erschien kürzlich ein Mann, der ihr mitteilte, er habe im Auftrage ihres Ehemanns einen Zentner Gerste gekauft und halte ihn zur Abnahme bereit. Er erbat sich den Kaufpreis von 900 Millionen. Frau Broschat steckte das Geld ein und machte sich mit dem Manne auf den Weg, um die Gerste abzuholen und beim Empfang zu bezahlen. Im Walde, durch den der Weg führt, zog der angeblich Beauftragte plötzlich ein Dolchmesser und verlangte unter Drohungen die Herausgabe des Geldes. Frau Broschat blieb nichts anderes übrig, als es ihm zu überlassen, und der Räuber verschwand damit in die Büsche. Gestern kam die Frau in Geschäften nach Köpenick. Hier begegnete ihr der Räuber auf der Straße. Sie erkannte ihn wieder und ließ ihn von der Polizei festnehmen. Der Verhaftete räumte den Ueberfall ein und wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Es ist ein 33 Jahre alter Arbeiter Oskar Schreck. Das Geld hatte er natürlich ausgegeben.

Gerüchte von einem geplanten Bombenanschlag auf das Berliner Börsengebäude waren in den letzten Tagen in den Kreisen der Börsenbesucher verbreitet. Am 2. Oktober um 7 Uhr morgens fand eine Reinemachefrau am Eingang zur Börse in der St.-Wolfgang-Straße zwischen den Pfeilern ein Paket, aus dem eine angebrannte Schnur herausragte. Sie meldete den verdächtigen Fund sofort, und er wurde nach der Alexanderkaserne gebracht und hier untersucht. Es ergab sich, daß es eine offene Konservenbüchse war, die ein paar Nägel und ein Tütchen mit Schwarzpulver enthielt. Eingewickelt war die Büchse in Isolierdraht, wie man ihn bei elektrischen Klingelleitungen verwendet. Mit dieser Umwicklung hatte die Büchse einen Umfang von 15 bis 20 Zentimeter. Auf dem Polizeipräsidium wurde das Paket gleichfalls gründlich untersucht. Das Ergebnis ist, daß, wenn es sich um einen Anschlag auf das Börsengebäude handeln sollte, der Täter jedenfalls das denkbar ungeeignetste Werkzeug benutzt hätte. Wenn auch die Schnur ganz abgebrannt wäre, so hätte das geringe Quantum Schwarzpulver doch keine Explosion der Büchse verursachen können. Ob der Affäre irgendwelche politische Beweggründe zugrunde liegen, wird von der Abteilung I A des Polizeipräsidiums noch untersucht.

Banknoten mit gefälschtem Ueberdruck. Der Falschgeldabteilung bei der Reichsbank ist es gelungen, einen Falschmünzer in der Person des Buchdruckers Willi Koppe zu verhaften. Koppe hatte Tausendmarkscheine mit einem hochwertigen Ueberdruck versehen und seine Mutter damit in Geschäfte zum Einkauf geschickt. Hier erkannte man sofort die Fälschung und ließ die Einkäuferin verhaften. Gemeinsam mit der Sistierten begab sich die Polizei in die Wohnung, Wiener Straße 25, und traf dort den Sohn der Verhafteten gerade dabei, als er den Rest seiner Fälschungen verbrennen wollte. Der Fälscher wurde verhaftet. Es stellte sich weiter heraus, daß Koppe in einer Druckerei einen Banknotenbogen mit 32 Drucken gestohlen hatte.

Eisenbahnkatastrophe. Bei einem Eisenbahnunglück unweit Saraambur wurden 6 Personen getötet und 24 verwundet.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton, Genossenschaftliches und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Provinz und Sport: Gottl. Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt“ G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei. e. G. m. b. H. Halle

Morgen nachmittag 4 Uhr: Première!
Das grösste Film-Ereignis der Welt:
Die Königin von Saba
Ein Film der Schönheit, ein Meisterwerk der Regie und der darstellenden Kunst.
C. T.-Lichtspiele am Riebeckplatz.
3474

«UFA»
U.T Alte Promenade 11a U.T
Ab Freitag, den 12. Oktober 1923:
Der große Sascha-Film der Ufa. Das gigantische Filmwerk, auf das man seit Jahren wartete.
Sodom und Gomorrha
2 Teile, 11 Akte in einer Vorstellung. Die Hauptrolle spielt Lucie Doraine. Ein Bild unserer Tage.
Aus dem Inhalt: Nach dem Kriege, das Explosionsgebiet des Washingtoner Schachtes, der Tanz auf der Börse, auf der Jagd nach neuen Genüssen, Revolution. — Das große Fest des Börsenmagnaten bringt Bilder unerhörten Aufwandes; raffinierte Weiber, in noch raffinierterer Aufmachung, Sinne betörend, aufreizend. In Verbindung mit der modernen Handlung, das Altertum. Prachtvolle Bauten von Sodom und Gomorrha werden gezeigt, dieselbe Verschwendungssucht und Sittenlosigkeit, der Tempel und das Fest der Astarte, die Göttin der Lust. Als größte Leistung im Film ist der Untergang von Sodom und Gomorrha anzusehen.
Der Länge des Programms wegen nur 2 Vorstellungen: 5.00 und 8.00 Uhr.
Sonntags 3 Vorstellungen: 3.00 5.40 8.20.
«UFA»

Hasenfelle
sowie alle Sorten Felle,
Papier, Bücher, Lumpen, Wolle, Schafwolle
kauft zu Festmarkpreisen 3478
Paul Theuring G. m. b. H.
Triftstr. 24, Gr. Brunnenstraße, Gr. Brauhausstraße 19, Augustastr. 17 (Hof), Mühlberg 12, Mansfelder Straße 64-65.
— Händler erhalten Börsenpreise! —
Telephon 4363 und 5659.

Vereins-Kalender

der VSPD., Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44, Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung; die aller anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

VSPD.-Kartelldelegierte. Donnerstag, den 11. Oktober, pünktlich abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a: Wichtige Sitzung. Kein Delegierter darf an dieser wichtigen Besprechung fehlen.

SAJ. Heute, Mittwoch, 6 Uhr, im Jugendheim, Weidenplan: Zusammenkunft.

— Donnerstag, 6 Uhr, im Jugendheim: Wichtige Vorstandssitzung. Zutritt haben nur Vorstandsmitglieder.

— Gruppe Süd. Freitag, den 12. Okt., im Heim: Vortrag des Genossen Reiwand. Vollzähliges Erscheinen ist erwünscht. — Donnerstag, den 11. Okt., in der Torschule: Musikabend.

— Gruppe Nord. Die Donnerstagveranstaltung findet im Jugendbureau, Harz 42/44, Hof, II, statt. Lese- und Diskussionsabend. Erscheint vollzählig.

Volks-Feuerbestattungs-Verein Halle u. Umg. Freitag, den 12. Oktober, abends 7½ Uhr, im Volkspark: Mitglieder-Versammlung. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. 3476

Merseburg. Donnerstag, den 11. Okt., abends 8 Uhr, im Tivoli, Zimmer 1: Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Ludwig (Berlin). Mitglied des Hauptvorstandes. Massenbesuch wird erwartet.

Delitzsch. Jungsozialisten. Mittwoch, den 10. Oktober, ½8 Uhr abends, in der „Stadt Berlin“: Zusammenkunft. Genosse Dr. Bacher spricht über „Die zweite deutsche Revolution 1848“.

Wittenberg-Piesteritz. Freitag, den 12. Okt., abends 7 Uhr, im „Schützenhaus“ zu Klein-Wittenberg: Gemeinsame Mitgliederversammlung der Ortsgruppen Wittenberg, Klein-Wittenberg und Piesteritz. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Ludwig (Berlin). Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.

Holzweißig. Sonnabend, den 13. Oktober, abends ½8 Uhr, in der alten Schule (Hauptstraße): Mitgliederversammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

Dr. 4ling Seife
Hersteller: J. Kron, München
Die preiswerte Toiletteseife von wunderbar mildem Schaum u. entzückend. Duft!

Drucksachen jeder Art übernimmt die Genossenschaftsdruckerei

Auf Teilzahlung
Herren-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer, Paletots, Ulster, Gummimäntel
Möbel aller Art
Carl Klingler
Leipziger Str. 11, I. Etage
Nicht im Laden

Stadt-Theater.
Mittwoch, abends 7½ Uhr: Der Freischütz
Donnerstag, abds. 7½ Uhr: Propheten

Pelze 3250
arbeitet sachgem. um
Magazin zum Pfau,
Kleinschmied. 6, Ecke Gr. Steinstr., a. Markt.

Gastwirtschaft Zoolog. Garten
Kommende Sonnabende u. Sonntage Saal frei! Bei Saalabschluß kulant. Bedingung.

Wir bieten hohen Verdienst!
durch leichte Tätigkeit i. d. Vormittagsstunden. Schriftl. Off. unt. B. L. 3500 an Rud. Mosse, Brüderstraße 4

Philharmonie
Amar-Hindemith-Quartett
(Sonnabend, den 13. Oktober, ½8 Uhr, Loge „Drei Degen“.) 3483
Kartenverkauf ab morgen 8 Uhr bei Hothan.

Wie der Kapitalismus entstand
Ein Abriß der Entstehung und Wirkung des Kapitalismus und die Wege zu seiner Beseitigung
von Dr. Walter Dietzel
Vorherige Einsendung des Betrages Bestellung d. Zahlkarte erwünscht.
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27.

Halt!
Kleine Anzeigen
wie: Kauf-Gesuche und Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg!

M 32
Wir treffen uns morg. nachm. 4 Uhr zur Première: Königin von Saba C. T. am Riebeckplatz.
H. v. S.

Amtliche Bekanntmachungen

Mansfelder Gebirgskreis

Beschluß.

Auf Grund des § 11 des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 (RGBl. S. 275) und der dazu ergangenen Ausführungsverordnung des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt (GS. S. 12) wird für die Gemeinden des Kreises bis zu 2000 Einwohnern mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 an folgendes beschlossen:

1. der Zuschlag für die Verwaltungskosten beträgt 6 300 000 Proz.;
2. der Zuschlag für laufende Instandsetzungskosten beträgt 16 800 000 Proz., der Zuschlag für große Instandsetzungskosten höchstens 8 400 000 Proz.

Für Räume die gewerblichen Zwecken dienen, betragen die Zuschläge für Verwaltungskosten und für laufende Instandsetzungsarbeiten gegenüber den Zuschlägen für reine Wohnräume mehr 25 Proz.

Mansfeld, den 24. September 1923

841 Der Kreisausschuß.

Werbt neue Leser!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231010-12/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 10. Oktober 1923.

„Tatkräftige Vertretung der Industrie durch die Presse."

Aus einem Schreiben der „Allgemeinen Zeitung" — der „eigenen Schöpfung der Industrie".

Florian Klöckner ist im Zentrum das, was Hugo Stinnes in der Deutschen Volkspartei darstellt. Jetzt soll die „Germania", das Zentralorgan der Zentrumspartei, verklöcknert werden. In seinen Betrachtungen darüber zitiert der „Vorwärts" in Nr. 237 ein ihm vorliegendes Schreiben der Mitteldeutschen Verlagsaktiengesellschaft in Halle an eine Industriefirma, worin es u. a. heißt:

„Hervorragende Träger des mitteldeutschen Wirtschaftslebens haben bereits vor längerer Zeit die Notwendigkeit erkannt, ein **Organ zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu haben.** Deshalb ist **unter namhafter Interessennahme der Industrie** die Otto Hendel G. m. b. H. erworben worden, in deren Verlag die „Allgemeine Zeitung" erscheint. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse lassen **eine tatkräftige Vertretung der Industrie durch die Presse** notwendiger erscheinen als je. Die „Allgemeine Zeitung" hat sich bisher ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt. Sie würde aber noch Größeres wirken können, wenn diejenigen Kreise für die sie sie kämpft, mit dem gleichen Eifer für ihr Blatt tätig sein würden wie die Kommunisten. Deshalb bitten wir diejenigen unserer Freunde, denen es bekannt ist, daß die „Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland" in Halle **der Industrie als ihre eigene Schöpfung näher steht wie jede andere Zeitung des Bezirkes,** zur Verbreitung dieses Wissens beizutragen."

Auch wir haben ja unsere Pflicht, „zur Verbreitung dieses Wissens beizutragen", schon redlich erfüllt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Hugo Stinnes an dem Konzern, der den Verlag Hendel aufgekauft hat, in hervorragendem Maße beteiligt ist. In dankenswerter Weise hat der Verlag der „Allgemeinen Zeitung" uns nun die peinliche Aufgabe der Aufklärung abgenommen und selbst grellste Farbe bekannt. Hoffentlich ist das den Arbeitern, Angestellten und Beamten des mitteldeutschen Industriegebietes deutlich genug. Die Industrialisierung der Presse zeigt allen Arbeitnehmern, wie ungemein wichtig für sie eine von kapitalistischen Einflüssen freie Presse ist. Sie sollten deshalb alles daransetzen, um sich diese unabhängige Presse zu erhalten. Erleben sie doch täglich, wie gleichzeitig aus zahllosen Pressefehlständen die Angriffe gegen den Achtstundentag, gegen den „Marxismus", kurz gegen alle sozialen Gedanken auf sie geschleudert werden. Wenn sie diesem Ansturm widerstehen sollen, ist es dreifach notwendig, in der Werbung für die sozialdemokratische Presse nicht zu erlahmen.

Ungenügende Steuerermäßigung.

Verhältniszahl für die zweite Oktoberwoche: 8.

Die Ermäßigungssätze beim Steuerabzug werden neuerdings durch das Reichsfinanzministerium laufend der Geldentwertung angepaßt. Der Reichsfinanzminister stellt eine Verhältniszahl fest, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungssätze zu multiplizieren sind. Für die zweite Oktoberwoche (vom 7. bis 18. Oktober) hat der Reichsfinanzminister soeben die Verhältniszahl auf acht festgesetzt. Damit ist nur eine unvollkommene Anpassung der Ermäßigungen an die Geldentwertung erreicht.

Nach dieser Neufestsetzung der Ermäßigungssätze sind vor der Steuerberechnung vom steuerpflichtigen Einkommen folgende Beträge abzuziehen:

	monatlich	wöchentlich
Existenzminimum für den Mann	57 600 000 Mk.	13 824 000 Mk
„ „ die Frau	57 600 000 „	13 824 000 „
für jedes Kind	384 000 000 „	92 160 000 „
für Werbungskosten	480 000 000 „	115 200 000 „

Von dem Lohn eines verheirateten Buchdruckers sind also in der Woche vom 4. bis 10. Oktober vor der Steuerberechnung folgende Beträge abzuziehen:

Existenzminimum für Mann und Frau . .	27 648 000 Mk.
für zwei Kinder . . .	184 320 000 „
für Werbungskosten . . .	115 200 000 „
	327 168 000 Mk.

Der Tariflohn beträgt für diese Woche in der Spitze 2,5 Milliarden Mark. Nach Abzug der Ermäßigungsbeträge den 327 168 000 Mk. verbleibt also ein steuerpflichtiges Einkommen von 2 172 832 000 Mk. Die Steuer beträgt 10 Prozent dieses Betrages, also 217 283 200 Mk. Das sind 8,7 Prozent des Einkommens.

Bei der Einführung der laufenden Anpassung der Ermäßigungssätze an die Geldentwertung war vereinbart worden, daß die durchschnittliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die Lohnsteuer 5 bis 6 Prozent des Einkommens nicht übersteigen solle. Es sollte durch die laufende Anpassung vermieden werden, das mit dem Fortschreiten der Geldentwertung der Satz der Lohnsteuer automatisch steigt. Hätte das Ziel erreicht werden sollen, so hätte das Reichsfinanzministerium für die zweite Oktoberwoche einen beträchtlich höheren Multiplikator festsetzen müssen. Statt dessen hat es durch die Festsetzung eines zu niedrigen Multiplikators die Lohnsteuer über das zulässige Maß hinaus erhöht. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im Steueraussschuß haben deshalb eine zureichende Erhöhung des Multiplikators für die zweite Oktoberwoche beantragt.

Wer macht die Preise?

Klarheit über die Notierungskommissionen notwendig.

Preisnotierungskommissionen gibt es nach den geltenden Bestimmungen gegenwärtig sehr verschiedene. Hauptsächlich zu unterscheiden sind amtliche und nichtamtliche Notierungskommissionen. Die amtlichen Notierungskommissionen unterscheiden sich, wie auf der jüngsten Tagung der mittleren Preisprüfungsstellen in Halle Professor Dr. Wolff ausführte, grundsätzlich nach der Beteiligung oder Nichtbeteiligung der Verbraucher. Nach den älteren Richtlinien des Reichswirtschaftsministeriums wie auch des Reichsernährungsministeriums werden für zahlreiche Gegenstände des täglichen Bedarfs verbraucherlose Kommissionen, bestehend aus Vertretern der Erzeuger und des Handels oder auch aus Vertretern des Groß- und des Einzelhandels zugelassen, von denen z. B. die Milchnotierungskommissionen und die meisten Butternotierungskommissionen noch heute bestehen. Der (eine) Behördenvertreter in diesen Kommissionen kann sehr leicht bei jedem Fehlen gesetzlicher Grundlage bloße Dekoration werden. Auch die meisten Marktnotierungskommissionen sowie die Börsennotierungskommissionen sind nach diesem alten — zum Teil gesetzlich festgelegten — Verfahren zusammengesetzt.

Die anderen Gruppen amtlicher Notierungskommissionen sind mit Verbrauchervertretern besetzt. Aber es gibt hier zwei sehr verschiedene Spielarten: die eine Gruppe ist nach der Drittelparität aufgebaut, d. h. es treten drei gleich starke Vertretungen in der Kommission zusammen, wie es z. B. der neue Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 25. August 1923 für den Nahrungsmittelgroßhandel vorsieht. Nach diesem Erlaß sind in Kürze Nahrungsmittelgroßhandelspreis-Notierungskommissionen aus je einem Drittel Großhändlern, einem Drittel Einzelhändlern und Konsumvereinen und einem Drittel Verbrauchern mit einem Behördenvertreter, der Beisitzer hat, zu bilden.

Die zweite Gruppe hat die echte Parität, d. h. ebenso viele Interessenvertreter wie Verbrauchervertreter bilden die Kommission, wie das bei den örtlichen Preisprüfungsstellen die Regel und bei den sogenannten Indexkommissionen Vorschrift ist.

Ganz im Gegensatz hierzu stehen die privaten Notierungskommissionen der Syndikate und Erzeugerorganisationen überhaupt. Die von ihnen notierten Preise sind normalerweise reine Interessentennotierungen, sind privatwirtschaftliche Vertragsgrundlagen und nicht die Registrierung der volkswirtschaftlichen Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage. Die Notierungen dieser reinen Interessentenverbände sind oft nur Offertenpreise und nur selten Marktpreise.

Es liegt im Interesse aller Beteiligten, die ungesunden Verschiedenheiten der Entstehung und Zusammensetzung der Notierungskommissionen rasch zu beseitigen. Jeder Aufbau wirtschaftspolitischer Art, alle preisprüferische Arbeit und Strafverfolgung wird geregelt sein, wenn die Notierungskommissionen planmäßig aufgezogen werden.

Die hallischen Buchdrucker gegen die Zeitungsverbote.

Der Ortsverein Halle im Verbande der deutschen Buchdrucker hielt gestern abend im „Volkspark" eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab; sie war besonders einberufen worden, um gegen die unerträgliche Pressefnebelung durch die Generalität zu protestieren. Der Vorsitzende, Kollege Spröte, sprach über die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage und ihre Folgen für das graphische Gewerbe. Die Sabotage des Unternehmertums wird am besten gekennzeichnet durch die Tatsache, daß im Buchdruckerberuf zurzeit 11 000 Vollarbeitslose, 36 000 Kurzarbeiter und nur 20 000 Vollbeschäftigte gezählt werden. Von den 500 organisierten Buchdruckern in Halle sind 74 vollkommen erwerbslos und 146 Kurzarbeiter, von denen der größte Teil nur noch 4 Stunden täglich arbeitet. Dem Treiben des Buchdruckunternehmertums wird durch das Vorgehen der infolge der Verhängung des Belagerungszustandes mit unbegrenzten Machtvollkommenheiten ausgestatteten Militärbefehlshaber die Krone aufgesetzt, die in zahlreichen Bezirken die Linkspresse unterdrücken und dadurch das Heer der arbeitslosen Buchdrucker noch vermehren. Dagegen muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden. In der Diskussion hielt Kollege Kroh, Geschäftsführer des „Klassenkampf", eine wüste Hetzrede gegen die WSPD., die Gewerkschaften und die „Verräter", die in diesen beiden großen Organisationen noch die Führung haben. Auf welchem Niveau seine Ausführungen standen, wird dadurch erhellt, daß nach seiner Meinung „die WSPD. den Belagerungszustand nur durchgedrückt habe, um in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen die Weiße Diktatur aufzurichten und das Stinnes-Programm zu verwirklichen". Nachdem unser Genosse Kasparek diesem Wahrheitsfanatiker die gebührende Antwort gegeben hatte, gelangte folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme:

„Die am Dienstag, dem 9. Oktober, im „Volkspark" versammelten Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Halle, protestieren aufs schärfste gegen die fortgesetzte Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Wort und Schrift. Nicht nur, daß die in der Verfassung festgelegten Freiheiten untergraben werden, sondern auch der ganz besonders in Erscheinung tretende wirtschaftliche Ruin, von dem alle im graphischen Gewerbe beschäftigten Kollegen betroffen werden, ist es, der die Angehörigen des graphischen Gewerbes veranlaßt, zu fordern, **daß die fortgesetzten Verbote der Tageszeitungen sofort aufgehoben werden.** Die Versammelten geloben, mit aller Kraft **für die Freiheit der Presse einzutreten und werden kein Mittel unversucht lassen, um die Forderung zur Durchführung zu bringen."**

Als ein geeignetes Mittel, dem Machtmittel der Generale zu begegnen, wurde die eventuelle Stillegung auch der bürgerlichen Presse genannt. Vom Hauptvorstand und dem ADGB. werden, ebenfalls durch einstimmig gefaßten Beschluß, nachdrücklichste Maßnahmen gegen die wiederholten Stillegungen der Zeitungsbetriebe, insbesondere der Arbeiterbetriebe, verlangt, um die darin Beschäftigten vor weiteren wirtschaftlichen Schädigungen zu bewahren.

Der Montag des Hungers kommt.

Die Preisgabe des Brotes.

Was essen die Alten und Rentner? • Was ist bis heute geschehen?

Der Antrag der Sozialdemokraten im Reichsrat, die Brotversorgung auf Marken noch bis zum Dezember auszudehnen, ist abgelehnt worden. Damit hört am nächsten Montag die Brotversorgung aus der gebundenen Wirtschaft zu noch verhältnismäßig niedrigen Preisen völlig auf. Das bedeutet, daß 60 Millionen dem nun ungehemmten Brotwucher schutzlos preisgegeben sind; das bedeutet, daß ein entsetzlich großer Teil des Volkes überhaupt kein Brot mehr kaufen kann. Nach der Freigabe wird der

Preis eines einzigen Brotes 75 Millionen Mark

betragen. Welcher Kleinrentner, welcher Kriegs- und Sozialrentner, welcher Erwerbslose kann das bezahlen? Kann es so oft bezahlen, daß er nicht langsam, aber sicher verhungert? Täuschen wir uns nicht: mit der Aufhebung des letzten Scheins einer Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides hat die Regierung das

Brot preisgegeben,

hat die Regierung das Brot denjenigen preisgegeben, die sich von ihm nähren, ohne es zu essen, — den Wucherern. Mit der Beseitigung des letzten Restes von Zwangsbewirtschaftung hat die Regierung denen das Brot völlig entzogen, die in der wundfiebernden kapitalistischen Wirtschaft längst kein Recht mehr aufs Leben haben: den Pfleglingen sozialer Fürsorge jeglicher Art. **Wir aber wollen, daß sie leben!** Leben wie jeder andere nach ihrem Anspruch, der sich durch ihre Arbeit für die Gesellschaft und durch die Forderungen allgemeiner Menschlichkeit begründet.

Wir fragen deshalb: Was hat die Regierung, was haben die Gemeinden — noch vier Tage sind es bis zur nackten Tatsache des Hungers für Millionen! — getan, um dem Ungeheuerlichen, dem rettungslosen Untergang der Rentner zu begegnen? Wir wissen es, was sie getan haben. Die Regierung hat nichts getan, die Kommunen haben nichts getan, der Kriegsbrotausschuß hat nichts getan von dem, worauf es im Augenblick höchster Gefahr ankommt. Es ist keinerlei Weisung ergangen, wie sich die Städte verhalten sollen.

O doch, eine einzige; doch die ist leider unburchführbar. Aus den Mitteln der Brotversorgungsabgabe soll den Gemeinden Brotgetreide zugewiesen werden. Das sollen die Mühlen aufkaufen und das Mehl den Gemeinden dann zum Tagespreise zur Verfügung stellen. Die Mühlen weigern sich.

Man möchte, aber man will nicht.

Der Reichswirtschaftsminister ist ersucht worden, die Städte in den Bedarfsgebieten bei der Zuweisung des Brotgetreides besonders zu berücksichtigen. Was in der Praxis geschieht, zeigt eine Meldung des WTB. aus Halle:

„Der aus Vertretern der Behörden, Verbraucher, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft zusammengesetzte Ernährungsausschuß ließ an die Reichsgetreidestelle eine Eingabe richten, die Bestimmungen über die Verwendung des von der Reichsgetreidestelle aufgekauften Getreides dahin abzuändern, daß die in den Bedarfskreisen eingelagerten Notreserven gegebenenfalls auch den mit dem Bedarfskreise eine Wirtschaftseinheit bildenden

Ueberschußkreisen zur Verfügung stehen.

Im Interesse der Beruhigung der versorgungsberechtigten Bevölkerung der Ueberschußkreise und um Konkurrenzkäufe von vornherein auszuschalten, müßten entsprechende Anweisungen mit größtmöglicher Beschleunigung erlassen werden."

Das ist das Gegenteil dessen, was zuerst als Selbstverständlichkeit vom Reichsernährungsminister gefordert wurde.

Eine für uns sehr wesentliche Frage ist die: Was hat die Stadt Halle im besonderen getan, um das Elend, das nun aus neuen Quellen strömen wird, zu mildern? Schon bisher war ihre Hilfe für die, welche die Brotverteuerung am vernichtendsten trifft, die Rentner, nur ganz, ganz gering. Sie gewährt ein Zehntel der Mittel zur Kriegsfürsorge und ein Fünftel der Mittel zur Sozialrentnerfürsorge. Das übrige bestreitet das Reich, das auch die von der Stadt gestellten Beamten bezahlt. Es wird hohe Zeit, daß die Stadt, auch oder gerade beim Versagen der Regierung, der Rentner handelnd gedenkt, denen der kommende Montag auch noch die Elemente der Ernährung, das einfache Brot, entzieht.

Der Hunger läßt sich nicht abhandeln, und seine Verzweiflung wird keinen Aufschub dulden! △

Wo bleiben die Renten?

Die Empfänger können hungern, wenn's der Post nur bequem ist.

Die schnell fortschreitende Geldentwertung hat Veranlassung gegeben, in der Mitte des Monats einen zweiten, aus der Erhöhung der Teuerungszulage sich ergebenden Rentenbetrag an die Kriegsrentner zur Auszahlung zu bringen. Im Gegensatz zu den Zahlungen, die am 1. jeden Monats durch die Post in bar erfolgen, ist die zweite Zahlung bisher auf dem Postscheckwege vorgenommen worden. Dieses Verfahren hat zu den stärksten Verzögerungen und Schädigungen der Rentenempfänger geführt. Heute noch warten Rentenempfänger auf Nachzahlungen aus dem Monat August. Dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen war von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums im Auftrage des Reichskanzlers am 26. September zugesagt worden, daß auch die Zahlung zu Mitte eines Monats unter Ausschaltung des Postscheckverkehrs geleistet werden soll. Wider Erwarten macht jedoch das Reichspostministerium jetzt so große Schwierigkeiten, daß die zu Mitte dieses Monats fällige Zahlung wieder auf dem Wege über den Postscheckverkehr geleistet werden soll.

Die Reichspostverwaltung scheint nicht zu begreifen, daß die Barauszahlung am Postschalter für die gesamte Reichsverwaltung weniger Arbeit und Verwaltungsausgaben verursacht als das Postscheckverfahren. Hier muß schnellstens eine Aenderung eintreten.

Das Geheimnis der braunen Tausendmarkscheine.

Wie wir bereits berichteten, durchschwirren seltsame Gerüchte über den Milliardenwert der braunen Tausendmarkscheine seit einigen Wochen Stadt und Land. „Weißt du es schon? Für die alten braunen Tausendmarkscheine zahlt man jetzt Milliarden Mark. Der und der hat schon so und so viel verkauft", so und ähnlich lauten die Gerüchte. Ja, neuerdings sollen Aufkäufer sowie Postbeamte an Geschäftsinhaber mit der Frage herangetreten sein, ob sie nicht braune Tausendmarkscheine besitzen. Keiner aber weiß, warum diese Scheine auf einmal so wertvoll sein sollen und wer sie zu diesem Preis einlöst. Wir möchten Veranlassung nehmen, die ganze Oeffentlichkeit dringend zu warnen, sich an dem An- und Verkauf solcher Scheine zu beteiligen. Zunächst muß einmal festgestellt werden, daß für das Deutsche Reich keine Veranlassung besteht, für umlaufende einzelne Serien der Banknoten bei der Einlösung den Friedenswert zugrunde zu legen; anderseits besteht auch infolge der Währungskatastrophe für das Reich gar keine Möglichkeit, so zu handeln. Nun aber die Hauptsache: Die Aufkäufer der Scheine oder wenigstens ihre Hintermänner sind Ausländer. Die aufgekauften Scheine werden, so schreibt man uns, an einen ausländischen Staat (Belgien) verschachert, der gemäß dem Wiedergutmachungsabkommen von 1919 berechtigt ist, die Währungsnoten der deutschen Reichsregierung zur Rückerstattung in Franken, und zwar zum Friedenskurs, zu präsentieren. Es muß nun Sache aller Deutschen sein, jeden, der sich mit dem Ankauf solcher Scheine befaßt, zur Anzeige zu bringen. Auch an die Behörden ergeht die dringende Mahnung, auf die ganze Frage, die die Oeffentlichkeit in nicht geringe Aufregung versetzt hat, ein wachsames Auge zu richten und gegen alle, die sich in dieser Beziehung strafbar machen, scharf vorzugehen. Wenn alle daran mitarbeiten, den gewissenlosen Aufkäufern und Landesverrätern ihr Handwerk zu legen, werden die Käufe bald aufhören.

Warnung vor gefälschten Dollarnoten.

Aus dem Polizeipräsidium wird uns u. a. geschrieben: In Kiel sind von zwei Männern gefälschte Dollarnoten verbreitet worden. Sie haben eine größere Menge davon besessen und werden versuchen, auch diese an den Mann zu bringen. Beschreibung: Einer 20 bis 22 Jahre, 1,75 groß, schlank, trug braunen Autoledermantel, dunkelmodernen Hut. Der zweite 23 bis 25 Jahre, 1,60 groß, untersetzt, bekleidet mit zweireihigem, hellbraunem, modernem Mantel, dunklem Filzhut.

Parteinachrichten.

* **Ortsvorstandssitzung.** Morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr, Ortsvorstand im Parteibureau.

* **Hallisches Adreßbuch 1924.** Die Rückgabe der in allen Häusern durch die Briefträger bestellten Hauslisten für Mieter hätte bereits vor einigen Tagen beendet sein müssen. Es ist von allgemeinem Interesse, daß die Redaktion des hallischen Adreßbuches, Sternstraße 13, sich bereit erklärt hat, außer den hier und da noch rückständigen Listen auch etwaige besondere Anträge auf Abänderung oder Erweiterungen der in die Hausliste gemachten Eintragungen zu berücksichtigen. Noch nicht zurückgegebene Hauslisten müssen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231010-12/fragment/page=0005

demgemäß sofort an obige Adresse abgegeben werden. Für nachträgliche Aenderungen oder Erweiterungen benutze man eine Postkarte verständlichen Inhalts. Es können also noch alle Wünsche berücksichtigt werden, soweit sie der Redaktion unverzüglich schriftlich mitgeteilt werden. Wer auch diesmal den Anschluß verpaßt, darf sich nicht wundern, wenn er im nächsten Jahre nicht oder nicht nach Wunsch im hallischen Adreßbuch aufgeführt ist.

* **Fahrgelderstattung.** Aus Anlaß der am 10. Oktober in Kraft tretenden Tariferhöhung wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Eisenbahnverkehrsordnung ein Rechtsanspruch auf Rückzahlung des Fahrgeldes für nichtbenutzte Fahrkarten nur bei Zugüberfüllung, Zugausfall und Anschlußversäumnis geltend gemacht werden kann. In allen anderen Fällen wird für Fahrkarten, die den Stempel des letzten Tages vor Inkrafttreten der Tariferhöhung tragen, wegen des vielfach damit betriebenen Mißbrauchs Fahrgeld im allgemeinen nicht erstattet. Ausnahmen können nur in ganz besonders begründeten Fällen zugelassen werden. Derartige Erstattungsanträge dürfen nicht von den Fahrkartenausgaben erledigt werden, sondern sie sind schriftlich an das zuständige Reichsbahnverkehrsamt zu richten. In den Anträgen ist nachzuweisen, daß die Fahrkarten aus zwingenden Gründen, z. B. wegen Krankheit oder wegen geschäftlicher Verfügungen, nicht benutzt werden konnten. Der Nachweis ist durch Beifügung glaubhafter Unterlagen, wie ärztliche Zeugnisse, geschäftliche Mitteilungen und dergleichen, zu erbringen.

* **Auch die Beschwerde über das Gas kostet noch Geld.** Der Magistrat schreibt uns: Wir bitten darauf hinweisen zu wollen, daß auf alle Eingaben und Beschwerden, auch solche über Gas-, Strom- und Wasserverbrauchsberechnung, eine Antwort nur erteilt werden kann, wenn ein frankierter Briefumschlag beigefügt ist.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr geht Webers „Freischütz" in Szene. Am Donnerstag findet die Erstaufführung von Hanns Johsts Schauspiel „Propheten" unter Regie von Intendant Dietrich statt. Beschäftigt sind in den Hauptrollen die Damen Heller, Thetter, Sessing sowie die Herren Durra, Förster, Güngel, Haller, Hensel, Helsing, Henneberg, Herrmann, Hoffmann, Thiedemann, Siegle, Walter, Weise und Weber. Freitag und Sonntag: „Zigeunerliebe", Operette von Lehár. Sonnabend: „Tannhäuser". Montag: „Alles um Liebe" von Eulenberg.

* **Hindemith-Quartett.** Die Leitung der Philharmonie hat das durch die Musikfeste Salzburg und Donaueschingen schnell berühmt gewordene Amar-Hindemith-Quartett, in dem Paul Hindemith als Bratscher sitzt, zu einem Modernen Kammermusikabend für Sonnabend ½8 Uhr in der „Loge zu den 8 Degen" eingeladen. Das Konzert dürfte deshalb besonders interessieren, daß der vielgenannte Führer der Modernsten, Arnold Schönberg, in Halle zum ersten Male mit einem größeren Werke erscheint. (Siehe Anzeige.)

Film und kleine Bühne.

„Die Königin von Saba" wird am Donnerstag, dem 11. Oktober, im Rahmen der C.-T.-Lichtspiele am Riebeckplatz seine Erstaufführung in der Provinz Sachsen erleben. Man schreibt uns: In acht wuchtigen, spannungsreichen Akten, zieht ein Stück Geschichte an uns vorüber, erleben wir die Schicksale der Königin von Saba. Wir haben auf der weißen Leinwand schon manchen historischen Stoff gesehen, aber noch nie wurden die Geschehnisse so prägnant wiedergegeben, wie es hier der Fall ist. Der Film steht auf einer Stufe höchster Vollendung. Eine Meisterleistung der Regie sind die Szenen, in denen ein großes Wagenrennen gezeigt wird. Einen Akt hindurch sehen wir nichts weiter als 40 Pferde, die vor zehn Kampfwagen gespannt sind, die Rosselenkerinnen und einige Großaufnahmen der riesigen Arena. Aber in diesen Bildern steckt seltenes Tempo, liegt Abwechslung und Bewegung. Die Bildkunst steht einzig da. Keinen Augenblick erlahmt die Spannung des Zuschauers. Die Massenszenen haben wir in einer solchen Vollkommenheit noch nicht gesehen. Erstaunlich, mit welcher Sicherheit diese Menschenmassen dirigiert wurden. Der Angriff auf eine Stadt und die sich hier entwickelnden Kämpfe wirken nicht, wie man das bei früheren Filmen feststellen konnte, erzwungen. Alle diese Situationen ergeben sich aus der Handlung.

„Sodom und Gomorrha." U.-T.-Lichtspiele Alte Promenade 11a bringen ab Freitag, den 12. Oktober, den großen Sascha-Film der Ufa, das gigantische Filmwerk „Sodom und Gomorrha". Der zweiteilige elfaktige Film wird in einer Vorstellung gezeigt werden. Die Hauptrolle spielt Lucie Doraine, eine Künstlerin von Ruf. Aus dem Film sind besonders hervorzuheben: Das große Fest des Börsenmagnaten, das den unerhörten Aufwand im Bilde festhält. Spielwut, Sittenlosigkeit, Verschwendungssucht wird in treffenden Bildern gegeißelt. Als Vergleich taucht Sodom und Gomorrha auf der Leinwand auf. Prachtvolle Bauten werden gezeigt. Dieselbe Sittenlosigkeit und Sinnlichkeit. Der Tempel und das Fest der Astarte, die Göttin der Lust, ist der Hintergrund zu hervorragenden Bildern. Als größte Leistung im Film ist der Untergang von Sodom und Gomorrha anzusehen. Was hier geleistet wurde, ist wohl noch in keinem Film so lebenswahr, so packend, so gigantisch veranschaulicht worden. (Siehe heutige Anzeige.)

Versammlungen und Veranstaltungen.

Gewerkschaftskartell. Freitag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr im „Volkspark": Sitzung der Kartelldelegierten. Vorstand eine Stunde früher ebendort.

VSPD.-Kartelldelegierte. Morgen, Donnerstag, abend pünktlich 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a: Wichtige Sitzung. Kein Delegierter darf an dieser wichtigen Besprechung fehlen.

Schwurgericht.

Vom Baltikumer zum Lohngeldräuber.

Der 29jährige Handlungsgehilfe Fritz Roesemann war im Kriege Leutnant gewesen und hatte das schöne Leben dann noch bei den Baltikumtruppen fortgesetzt. Nach seiner Rückkehr ins Zivilleben (soweit ein Stahlhelmer ein solches hat) vertrug sich sein nobles Auftreten nicht mit seinen Einkünften. Schon im vorigen Jahr wurde er in Halberstadt wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Auch nachher war ihm lieber, Wein und Sekt zu trinken als Schulden zu bezahlen. Am 18. Mai 1923 lockte er einen Angestellten des Kupferwerks Hettstedt, der Lohngelder bei sich trug, in ein leeres Bureauzimmer und beraubte ihn, nachdem er ihm die Kehle mit einem Tuch zugeschnürt hatte. In Hamburg stellte er sich nach mancherlei Fahrten und Abenteuern der Polizei. Die Geschworenen billigten dem Herrn Leutnant mildernde Umstände zu. Er wurde zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Saalkreis.

Dölau. Wie das Reichsmietengesetz vom Vertreter des Reichspostfiskus ausgelegt wird. In Dölau besitzt der Baumeister M. aus Brachwitz ein neues vierstöckiges Haus, das seit Jahren ganz an den Reichspostfiskus vermietet ist; z. T. als Diensträume, z. T. als Wohnung des Postvorstehers. Anfang Oktober 1923 schickt nun der Vorsteher des Postamtes an den Besitzer des Hauses die Miete für ein Vierteljahr in Höhe von 7933 Mark (in Worten: Siebentausendneunhundertdreiunddreißig Mark). In Abwesenheit des Besitzers verweigert die Ehefrau die Annahme des Geldes. Kommen nach Dölau keine Zeitungen? Oder hat der Vorsteher des Postamtes in Dölau das letzte halbe Jahr ein weltabgewandtes Dasein geführt? Bei Erhebung von Gebühren ist die Post schnell zur Stelle, um die Geldentwertung auszugleichen. Man sollte glauben, daß ein Postbeamter stärkere Bindungen mit den Praktiken seiner Verwaltung habe.

Aus der Provinz.

Sitzung der Bezirksleitung.

Die zu Sonntag einberufene gemeinsame Sitzung der erweiterten Bezirksleitung und der Reichs- und Landtagsabgeordneten muß umständehalber auf Sonntag, den 21. Oktober, verschoben werden. Wir bitten alle Genossen, denen wir schriftliche Einladung zukommen ließen, davon Kenntnis zu nehmen.

Die Bezirksleitung der VSPD. Halle.

Unternehmer und Arbeitsvermittelung.

Von einem Arbeitsamt unseres Bezirks wird uns geschrieben: Ueber die Anmeldung von offenen Stellen beim öffentlichen Arbeitsnachweis durch die Arbeitgeber ist wiederholt in den Zeitungen berichtet worden. Und wenn letzthin anläßlich der Einrichtung von Bezirksbergbaufachabteilungen bei den Arbeitsämtern Magdeburg, Halle, Zeitz und Eisleben erneut davon gesprochen wurde, daß für die Arbeitgeber auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes keine Pflicht zur Anmeldung der offenen Stellen bestünde, so läßt sich dieses nach Lage der bestehenden Bestimmungen nicht bestreiten. In der Tat sieht der in Frage kommende § 49 des Arbeitsnachweisgesetzes keine Meldepflicht vor, stellt jedoch die Festsetzung einer solchen, und zwar bei größerer Arbeitslosigkeit, in den Befugnisbereich des Reichsarbeitsministers.

Da aber der Reichsarbeitsminister von dieser seiner Befugnis Abstand genommen hat, indessen ohne eine gewisse Bindung des Angebots und der Anfrage nicht auszukommen ist, haben die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Erkenntnis der Notwendigkeit zur Erzielung eines normalen den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechenden Ausgleichs in gemeinsamer Verhandlung beschlossen, eine freiwillige Pflicht zur Anmeldung aller offenen Stellen beim Arbeitsnachweis zu übernehmen. Dabei gipfelten ihre Bestrebungen in dem Gesichtspunkt, daß der öffentliche Arbeitsnachweis auf alle Fälle in den Stand gesetzt werden muß, sämtliche offenen Stellen zu erfassen, um eine Besetzung unter Wahrung der persönlichen und wirtschaftlichen Bedingungen vornehmen zu können.

Dieser freiwillig übernommenen Pflicht wird aber seitens der Mitglieder der Arbeitgeberverbände nicht in dem Maße nachgekommen, als es für die Regelung des Arbeitsmarktes wünschenswert ist. Im Hinblick auf die gegenwärtige Arbeitslosigkeit liegt darum eine um so dringendere Notwendigkeit vor, die Arbeitgeber auf ihre Pflicht hinzuweisen, wobei darauf aufmerksam gemacht wird, daß der Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung sich ausdrücklich vorbehalten hat, die Meldepflicht auf dem Wege einer Bestimmung festzusetzen, sofern die dem öffentlichen Arbeitsnachweis übertragene Kontrolle ergeben sollte, daß die Meldungen der offenen Stellen nicht oder nicht in dem erforderlichen Umfange erstattet werden.

Die Arbeitgeber werden deshalb nochmals dringend gebeten, bei jeder Einstellung einer Arbeitskraft sich des Arbeitsamtes zu bedienen, dessen Organisation in seinem gesamten Umfange kostenlos zur Verfügung steht. Für den Ausgleich und die Verminderung der Arbeitslosigkeit ist es wichtig, jede Stelle zu melden, gleichviel welcher Art sie sei. Die bezüglich der Annahme der Leute etwa immer noch bestehenden Zweifel werden dadurch behoben, daß eine Pflicht dazu, eine vom Arbeitsamt überwiesene Arbeitskraft tatsächlich anzunehmen, nicht besteht.

Für den Pressefonds

muß die Sammeltätigkeit weiter fortgesetzt werden. Die steigende Geldentwertung bringt gerade der Arbeiterpresse immer neue Sorgen, da sie nicht auf vorhandene Mittel zurückgreifen kann.

Für den Pressefonds

zu sammeln, ihm weitere Mittel zuzuführen, muß Ehrenpflicht jedes Genossen sein. Die Erhaltung der Arbeiterpresse ist eine Frage der gesamten Arbeiterschaft. Besonders in unserer so hochpolitischen Zeit ist die Arbeiterpresse ein überaus wichtiger Faktor, der nicht übersehen werden kann und der eine feste :-: :-: Stellung gegenüber den Zeitgeschehnissen einnimmt. :-: :-:

Für den Pressefonds

sammeln, heißt das Rüstzeug der Partei für die Zukunft schmieden. Etwa 3000 bürgerlichen Zeitungen stehen in Deutschland nur rund 150 sozialistische Tageszeitungen gegenüber. Darum stärkt die Arbeiterpresse; sie ist die wirksamste und vornehmste Waffe :-: :-: der Arbeiterschaft. :-: :-:

Ausländische Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft.

Das Landesarbeitsamt teilt mit, daß Anträge auf Zulassung ausländischer Landarbeiter abweichend vom Vorjahre diesmal bei dem jeweils zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis spätestens bis zum 20. Oktober einzureichen sind. Da einerseits mit einer noch weiter steigenden Arbeitslosigkeit einheimischer Arbeitskräfte, auf der anderen Seite mit einem verringerten Zustrom von Ausländern gerechnet werden muß, ist es für jeden Landwirt unumgänglich, sich in weit höherem Maße als bisher auf die Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte einzustellen. — Wir sind der Meinung, daß es patriotische Pflicht der Landwirte wäre, jetzt auf die Heranziehung von Ausländern überhaupt zu verzichten. Aber wenn die Sorge um den Profit nicht wäre.

Merseburg. Achtung, Parteimitglieder. Morgen, Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, spricht Genosse Ludwig (Berlin), Mitglied des Parteivorstandes, hier über die politische Lage in der Mitgliederversammlung im „Tivoli".

Merseburg. Behaltet die Ruhrkinder! Das Kreisjugendamt richtet an die Pflegeeltern der Ruhrkinder folgende Bitte: Die Reichszentralstelle für Kinderhilfe im Ruhr- und Rheingebiet ersucht dringend, möglichst viele der untergebrachten Kinder während des Winters in ihren Pflegestellen zu belassen. Diejenigen Pflegeeltern, welche gesonnen sind, ihre Ruhrkinder noch längere Zeit zu behalten, werden deshalb gebeten, umgehend Nachricht zu geben.

Kelbra. Und es ward finster auf der Erden .... Die ungeheure Teuerung und Steigerung aller Preise zeitigt im Wirtschaftsleben Erscheinungen, die uns wieder in die Zeiten zurückversetzen, wo einst auf den Straßen unserer Stadt ägyptische Finsternis herrschte. Dieser Zustand birgt Gefahren für viele Einwohner. So stand vor einigen Tagen in der Triftstraße wieder das Loch offen, wo seinerzeit die Dampfstraßenwalze eingebrochen war. Wie uns versichert wird, schwebten bereits verschiedene Personen in Gefahr, in das Loch zu geraten oder ein Bein zu brechen. So sehr man im allgemeinen die Sparsamkeitsbestrebungen billigen kann, so scheint es uns doch bedenklich, die Straßen in vollkommenes Dunkel zu hüllen, wo nicht nur Hand-, sondern selbst Ackerwagen nachts auf den Straßen stehen. — Diebstahl beim Bürgermeister. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden aus dem Gehöft des Knopffabrikanten Fritz Schröter vier Gänse an Ort und Stelle abgeschlachtet und gestohlen. Bürgermeister Liebing als Geschädigter setzt eine Belohnung von 500 Millionen Mark aus.

Roitzsch. Generalversammlung des Parteivereins. In der letzten Hauptversammlung erstattete der Vorsitzende Genosse Otto Hempel den Jahresbericht; er betonte, daß alles getan werden müsse, was im Interesse der Partei notwendig sei. Wenn auch keine nennenswerten Fortschritte in der Mitgliederzahl erzielt worden sind, so kann aber doch von einem organisatorischen Gewinn gesprochen werden. Der Kassenbestand ist zufriedenstellend. In der Diskussion nahmen neun Genossen das Wort, ein Beweis, daß ein reges Parteileben pulsiert. Nach ebenfalls lebhafter Aussprache wurde der alte Vorstand und Genosse Fritz Hempel als Unterkassierer neugewählt. In seinem Bericht über den Bezirksparteitag, den Genosse Otto Hempel erstattete, stellte sich der Berichterstatter auf den Boden der dort angenommenen Entschließung. Die Diskussion über unsere Stellungnahme zur Regierungsbildung wurde durch den Rücktritt des Koalitionskabinetts als überholt erachtet, weshalb die Fortsetzung der Versammlung unterblieb.

Torgau. Demokraten von heute! Bei einer Feier der deutschen Turnerschaft am letzten Sonntag hielt Fabrikbesitzer F. H. Schmidt eine Rede, die weiteste Beachtung verdient. Generalsturm auf den Achtstundentag war der Text derselben. Zehn, ja zwölf Stunden müssen „wir" arbeiten, wenn wir gesunden wollen. Welcher Lohn für diese Mehrarbeit gezahlt werden soll, sagte er selbstverständlich nicht. Wie das dann ungeheuer anschwellende Arbeitslosenheer vor dem Hungertode bewahrt werden soll, interessierte ihn auch nicht. Wir glauben nicht, daß er der Meinung ist, die Turnerei werde die Körper der Erwerbslosen so stählen, daß sie vom Hunger nichts spüren. Viel zu sehr sind die Hungerlöhne der Briefumschlagfabrik im ganzen Kreise bekannt, als daß der „Chef" seine wahren Gedanken verbergen konnte. Die Jammerlöhne, die er seinen Arbeitern zahlt, ermöglichten es ihm, seine Fabrik von kleinstem Anfang zum Großunternehmen zu entwickeln. Die ausgemergelten, hohlwangigen Gestalten seiner Arbeiter beweisen, daß sie von ihrem tatsächlichen Arbeitsverdienst den kleinsten Bruchteil erhalten. Wie wäre es auch sonst möglich, daß Auto über Auto für Privatvergnügen angeschafft werden kann? Schmidt selbst besitzt eine Villa, sein Sohn ein großes Wohnhaus am Mittelweg, seine Schwiegersöhne je eine Villa im Nord- und Westring. Das Domhaus ist sein eigen. Nun steht der letzte Sohn vor der Verheiratung, der auch eine Villa haben muß. Darum fort mit dem Achtstundentag, ihr Arbeiter! Das Vaterland ist erst vollkommen, wenn auch der letzte Sprößling der Familie F. H. Schmidt eine Villa besitzt. Das ist der Sinn der Turnrede „Eures Chefs", des überzeugten Torgauer „Demokraten"; Meidet recht brav wie bisher die Arbeiterorganisationen, vertrauensvoll legt Euer Geschick in die Hände Eures Chefs und ihm wie auch dem Vaterlande seiner Familie wird es wohlergehen. Es lebe die Demokratie!

Liebenwerda. Die Parteigenossen zur Koalitionspolitik. In der letzten Mitgliederversammlung der Partei wurde die Diskussion über die Beschlüsse des Bezirksparteitags zur Politik der Partei weiter fortgesetzt. Nach längeren Ausführungen der Genossen Falkmaier, Landrat Vogl und Fitzkow, die sich über die durch den Sturz der Großen Koalition geschaffene Lage und die aus dieser neuen Situation von der Partei zu ziehenden Konsequenzen ausführlich verbreiteten, führte die allgemeine, sehr rege Aussprache zu folgender Stellungnahme: Mit dem Sturz der Großen Koalition durch die Schwerindustrie hat die Demokratie einen Schlag erlitten, von dem sie sich kaum wieder erholen wird. Das Vertrauen der Parteigenossen zu der demokratisch-parlamentarischen Regierungspraxis des gegenwärtigen Reichstags ist auf das schwerste erschüttert, um so mehr, als jetzt **offenbar geworden ist, daß die Koalitionspolitik nicht die Maßnahmen gestattet, die zur Rettung Deutschlands und zur Verhütung der gänzlichen Verelendung seiner proletarischen Schichten unbedingt notwendig sind.** Der Vorstoß der Schwerindustrie hat vielmehr gezeigt, daß **die endgültige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in unmittelbare Nähe gerückt ist, und daß die sozialen Gegensätze so große geworden sind, daß ihre Verschleierung und künstliche Ueberbrückung zu dauernden Fehlschlägen und damit zur Stärkung der Reaktion führen müssen. Eine Fortsetzung und Förderung dieser Politik der Halbheiten durch die Partei muß die Enttäuschung der Genossen im Lande, welche seit den ersten Augusttagen eine klare, scharfumrissene und energische sozialistische Politik in der Partei vermissen, weiter vergrößern.** Jedenfalls ist ein weiteres Treibenlassen der Dinge unter Mitverantwortung der Partei nicht mehr zu ertragen und vor den Massen im Lande nicht mehr zu rechtfertigen. Wir verlangen eine entschlossene, unbeirrbare Politik durch Zusammenfassung des Proletariats, Einstellung der inneren Kämpfe in der Arbeiterklasse, durch Geschlossenheit, Disziplin und Aktivität mit dem Ziele der rücksichtslosen Niederschlagung der Reaktion und Erweiterung der proletarischen Machtpositionen. Das Versagen der Demokratie bei der Durchführung staatsnotwendiger Maßnahmen macht diktatorische Schritte unumgänglich, die mit einer Politik der Koalitionsrücksichten durchzuführen sich endgültig als unmöglich erwiesen hat. Die Massen des arbeitenden Volkes in diesem Sinne vorzubereiten und zusammenzuführen, ist die vornehmste und staatsnotwendigste Pflicht unserer Partei geworden, der sie sich jetzt nicht mehr entziehen kann, wenn die Verdrossenheit und der Fatalismus der Massen nicht bis zur völligen Lähmung der Partei und zum endgültigen Chaos in Deutschland führen soll. Jeder neue Spaltungsversuch ist auf das schärfste zurückzuweisen; der Ansturm der politischen und wirtschaftlichen Reaktion erfordert größte Geschlossenheit der deutschen Arbeiterklasse. In diesem Sinne begrüßen die Parteigenossen die Haltung der sächsischen und thüringischen Genossen und fordern die volle Unterstützung und Förderung ihrer Politik durch die Gesamtpartei. (Nachschrift der Redaktion. Die Stellungnahme unserer Liebenwerdaer Genossen ist in mehr als einer Hinsicht von Bedeutung; sie gehörten in ihrer Mehrheit zu den Kreisen in der Partei, die da glaubten, daß es möglich sei, mit Hilfe der Großen Koalition zu retten, was die Unfähigkeit und der kapitalistische Egoismus des Kabinetts Cuno von Deutschland noch nicht in die Taschen der Stinnesse und Raffkes hat verschwinden lassen. Nun haben auch sie, belehrt durch die Wucht der harten Tatsachen, eingesehen, daß die Paarung zwischen kapitalistischen Haifischen und sozialistischen Nutzkühen kein lebens- und arbeitsfähiges Wesen erstehen kann. Nun ist das schier Unmögliche doch wieder Ereignis geworden. Wir hoffen aber, daß die Liebenwerdaer Genossen sich durch den Ausgang der Regierungskrise, die mit einem parlamentarisch-opportunistischen Erfolg der Partei endete, sich in ihrer Haltung zur Partei nicht beirren lassen und auch weiterhin mit aller Kraft für ihre Geschlossenheit und Erstarkung wirken werden.)

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 10. Oktober 1923

* **Die Eisleber Volksbühne** tritt am Donnerstag, abends 8 Uhr, mit ihrer Eröffnungsvorstellung in der „Terrasse" wieder in Wirksamkeit. Von Mitgliedern des Nordhäuser Stadttheaters wird „Der Wettlauf mit dem Schatten" von Wilhelm Schulz aufgeführt. Vorverkauf in der Buchhandlung Koegel. Um die Zahlung der Beiträge zu erleichtern, hat der Vorstand folgende Zahlungsweise beschlossen: Für das 4. Vierteljahr 1923: 15 Pfennig (nach Buchhändler-Mark). Für den Goldfonds: 15 Pfennig nach Buchhändler-Mark. Dieselbe Summe ist im Januar für das 1. Vierteljahr 1924 zu zahlen. Die Mitglieder, die ihren Beitrag von je 30 Buchhändler-Pfennig bezahlt haben, haben dadurch ihre Verpflichtungen bis zum 31. März erfüllt. Alles Nähere siehe gestrige Anzeige.

Wippra. Im Winterfahrplan treten folgende Veränderungen ein: Sonntags fällt der Frühzug, der auf Bahnhof Mansfeld die Früh-Anschlüsse erreichte, weg. Der erste Zug fährt 8 Uhr von Wippra ab, ist 3.32 Uhr in Leimbach-Mansfeld und 8.50 Uhr in Bahnhof Mansfeld. Zurück 10.25 Uhr ab Bahnhof Mansfeld, 10.42 Uhr in Leimbach-Mansfeld und 11.16 Uhr in Wippra. Nachmittags fährt der Zug 6.20 Uhr ab Wippra und kommt 7.20 in Bahnhof Mansfeld an. Zurück 7.40 Uhr ab Bahnhof Mansfeld, 7.57 Uhr in Leimbach-Mansfeld und 8.31 Uhr in Wippra. An Wochentagen fahren die Züge wie bisher.

Wetter-Voransage.

Donnerstag: Meist wolkig und trüb, starker Wind, windig, Regenfälle.

Freitag: Abwechselnd heiter und wolkig, windig, kühler, Regenschauer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231010-12/fragment/page=0006
DFG